Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4.80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 56. **Bromberg, Freitag den 8. März 1929.** **53. Jahrg.**

Die große Minderheitendebatte in Genf.

Dandurands Anträge. — Stresemanns Rede. — Zaleskis Gegenantrag. — Die Abwehr der anderen. — Die Debatte geht weiter!

Der Völkerbundrat hat seinen großen Tag.

Über zweihundert Journalisten aller Länder drängen sich in der verhältnismäßig kleinen Halle. Kurz vor ½11 Uhr treten die Ratsmitglieder nacheinander ein. Inzwischen hat sich das Glashaus mit Völkerbundbeamten, Journalisten und zahlreichen Zuschauern gefüllt. Geradezu beängstigend ist das Gedränge.

Nach einer kurzen vertraulichen Sitzung, in der der Rat den litauischen Antrag formell erledigte, trat man sofort in die Besprechung der Minderheitenfrage ein. Eine gewisse Nervosität macht sich unter den Vierzehn bemerkbar.

Der kanadische Vertreter, Dandurand,

verliest seine bekannten Vorschläge, die darin gipfeln, daß die Beschwerde wohl zuerst dem betreffenden Staat zugehen soll, ihre Übermittlung an das Sekretariat jedoch an eine bestimmte Frist gebunden sein soll; ferner schlägt Dandurand zur Prüfung der Beschwerde die **Einsetzung eines Komitees vor,** in dem **sämtliche Ratsmitglieder** vertreten sind.

Die Spannung ist aufs Höchste gestiegen, als der deutsche Reichsaußenminister

Dr. Stresemann spricht.

Er erinnert an die Umwälzungen, die das Staaten- und Völkerleben nach dem Kriege erlebt haben. Schon in der letzten Bundesversammlung seien Stimmen laut geworden, die besagten, daß es an der Zeit wäre, die bisherige Behandlung des Minderheitenproblems näher zu beleuchten.

Durch die die Vorschläge Dandurands haben diese Andeutungen feste Form angenommen. „Worauf es mir besonders ankommt, das ist die Situation zu klären, die sich ergibt durch die Verträge und Erklärungen, durch die dem Völkerbund übertragene Garantie und seine aus dieser Garantie zu folgenden Rechte und Pflichten. **Mittel und Wege müssen gefunden werden, damit das, was erstrebt wird, handgreiflich gestaltet wird, damit nicht die Menschen, die so viel Enttäuschung erlebt haben, vielleicht zur Verzweiflung getrieben werden, während es die Aufgabe des Völkerbundes ist, der Menschheit zu zeigen, daß es eine Entwicklung im Völkerleben gibt, die nach aufwärts strebt.** Die Garantie der Vertragsbestimmungen sei dem Völkerbund anvertraut worden.

Eine ganz neue Sachlage sei zu berücksichtigen.

Die durch die Friedensverträge abgetretenen Gebiete schlössen bedeutende Volksteile in sich, die eine andere Sprache sprächen und von anderer Rasse seien, als die Bevölkerung, der sie einverleibt würden. Leichter würden sich jene Volksteile an ihr verändertes Leben gewöhnen, wenn sie wüßten, daß sie in wirksamer Weise gegen jede Gefahr oder Bedrückung gesichert seien.

Man müsse sich der Tatsache bewußt bleiben, daß es sich bei allen Einzelfällen um Symptome handelt, die weitreichende internationale Bedeutung haben. Der Redner erinnert sodann an Clemenceaus Note von 1919, in welcher Gründe und Ziele des ersten Minderheitenvertrages in markanter Weise dargelegt sind. Die neue Form des Minderheitenschutzes, so wurde in dieser Note festgestellt, sei eine notwendige Folge und ein wesentlicher Bestandteil des durch die Gründung des Völkerbundes eingeleiteten neuen Systems der internationalen Beziehungen. Theorie und Praxis seien nicht immer miteinander in Einklang geblieben. Die Minderheiten selbst seien in sehr weitgehendem Maße von den Sorgen um ihr kulturelles Schicksal beherrscht.

Es sei natürlich, daß die entstandenen Enttäuschungen sich in **scharfer Kritik an den Einrichtungen des Völkerbundes** äußerten. Den Versuchen, den vorhandenen Mängeln abzuhelfen, sei mit prinzipiellen Betrachtungen entgegengetreten worden. Stresemann erinnert dabei an

Mello Francos Verschmelzungstheorie.

Wenn jene Äußerungen im Sinne einer Art Assimilationstheorie zu verstehen sein sollten, so müsse er dem auf das Bestimmteste widersprechen. Eine solche Theorie steht im Gegensatz zu dem bei Begründung des neuen Minderheitenschutzes festgestellten Gedanken, daß dieser Schutz ein dauernder sein sollte.

Hierauf wendet sich Dr. Stresemann dem Petitionsverfahren zu und betont, es seien keinerlei Einrichtungen vorgesehen, um die dem Völkerbund in ganz allgemeiner Form übertragene Garantie auch außerhalb des Gebietes der Petition zu realisieren. Aber die Garantie erschöpft sich nicht in der Behandlung konkreter Fälle, in denen dem Völkerbund eine bereits begangene oder drohende Verletzung von Minderheitenrechten angezeigt wird. **Der Völkerbund habe die Verpflichtung, sich von der fortdauernden Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen zu vergewissern.** Auf alle Fälle erscheint es sehr notwendig, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise sich der Völkerbund fortlaufend über die Lage der Minderheiten unterrichten kann.

Der Friede der Völker untereinander werde um so sicherer begründet sein, je weniger der Ruf von den in ihrem kulturellen Ausleben bedrohten Minderheiten an das Ohr der Weltöffentlichkeit dringe. Wer sich dafür einsetzt, daß die Menschheitsrechte der Sprache, der Rasse und Religion unbeschadet der staatlichen Grenzen **geachtet und gewürdigt werden, der tritt ein für Erhaltung des Friedens und nicht für die Vorbereitung einer gewaltsamen Auseinandersetzung.“**

Was die Wege der Reform betrifft, so betonte Stresemann die Notwendigkeit, sich darüber klar zu werden, wie die Garantie auch außerhalb des Gebietes der Petitionen zu realisieren ist. Hinsichtlich des Petitionsverfahrens erinnert er an Dandurands Kritik. **Die Behandlung der Petitionen im Dreier-Komitee bezeichnet der Redner als unzureichend.**

Ferner müsse den Minoritäten schon in diesem Stadium Kenntnis davon gegeben werden, was aus ihrer Beschwerde geworden ist. Es würde von großem Nutzen sein, das Verfahren vor dem Komitee zu beschleunigen. In der Zeit zwischen den Tagungen könne die Erledigung der Beschwerden durch Beauftragte der Hauptdelegationen geprüft werden. Weiter müsse dem Komitee die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur wie bisher mit der Regierung der Minderheiten in Verbindung zu treten, sondern

auch von berufenen Vertretern der Minderheiten selbst oder von anderen Sachkundigen ergänzende Mitteilungen einzufordern.

Zu der Bestimmung, daß gewisse Regierungen dem Minderheitenausschuß nicht angehören dürfen, bemerkt Dr. Stresemann, daß gerade die Sachkunde der nach dem bisherigen Verfahren nicht in Betracht kommenden Ratsmitglieder von großem Nutzen sein könne. Man sollte sich damit begnügen, es dem Takte des Ratspräsidenten zu überlassen, welche Ratsmitglieder er im einzelnen Falle an dem mit der Vorprüfung beauftragten Komitee beteiligen will. Zum Plane der

Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission

bemerkt Stresemann, daß er von so weit tragender Bedeutung sei, daß er einer genauesten Prüfung bedürfe.

Dr. Stresemann faßt seine Erwägungen in folgende

Schlußfolgerungen

zusammen: **Er stelle dringend eine sorgfältige Durchprüfung der Möglichkeiten zur Erwägung, die für eine Verbesserung des Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen gegeben sind. Zweitens bitte er in Aussicht zu nehmen, die bisher geübte Ausschaltung der beteiligten Nationen durch ihre Hinzuziehung zu ersetzen. Drittens wäre zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiepflicht außerhalb des Gebiets der Petitionen zu genügen hat.**

Endlich liegt dem Außenminister daran, daß in der von ihm besprochenen Weise eine Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbundsgarantie herbeigeführt wird. Als das beste Mittel dazu erscheint die

Einsetzung einer besonderen Studienkommission.

Sie wäre so zusammenzusetzen, daß sie über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt. Sie müßte zugleich die Möglichkeit bieten, alle bei dem Problem in Betracht kommenden Gesichtspunkte geltend zu machen. Wenn eine solche Kommission ein hinreichend konkretes Mandat erhält, wird sie sicherlich in angemessener Zeit zu Ergebnissen gelangen können, die eine Grundlage für die alsdann endgültig zu fassenden Beschlüsse darstellen.

„Man hat in der Öffentlichkeit der Minderheiten-Diskussion im Völkerbund vielfach mit der Besorgnis entgegengesehen, daß durch sie ein Kampf verschiedener Anschauungen im Völkerbund entbrennen könnte. Ich teile diese Auffassung nicht. Der Völkerbund würde sich selbst aufgeben, wenn er die Grundsätze aufgäbe, von denen er einst bei Annahme des Minderheitenschutzes ausgegangen ist.“

Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Die Idee, die zur Begründung des Völkerbundes und den von ihm übernommenen Garantien für die Minderheiten geführt hat, sehe ich gerade darin, daß er den Ausgleich schaffen wollte, zwischen den Spannungen, die die neu geschaffenen Verhältnisse naturgemäß schaffen und zurücklassen mußten, durch eine gerechte Handhabung gegenüber den Menschen anderer Rasse, anderer Religion und anderer Sprache.

Die Ablehnung der deutschen Vorschläge.

Genf, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die große Aussprache im Rat über die Minderheitenfrage am Mittwoch nachmittag nahm einen sehr lebhaften Verlauf. **Die Vertreter Polens und Rumäniens lehnten in Form von Gegenanträgen die deutschen Vorschläge grundsätzlich ab. Großes Aufsehen erregte die außerordentlich schroffe Weise, in der der englische Außenminister Chamberlain sich in Gegensatz zu dem Geist und dem Inhalt der Rede Stresemanns stellte** und sich vorbehaltlos dem polnischen und rumänischen Standpunkt anschloß.

Die Aussprache begann mit einer

Erklärung des polnischen Außenministers Zaleski,

der u. a. ausführte: Das gegenwärtige Beschwerdeverfahren sei nicht in den Minderheitenschutzverträgen festgesetzt, sondern außerhalb der Verträge als Maßnahme des Wohlwollens im Interesse der Minderheiten von den Unterzeichnerstaaten im Zusammenhang mit dem Völkerbund geschaffen worden. **Ohne Zustimmung der Unterzeichnerstaaten der Minderheitenschutzverträge könne das Beschwerdeverfahren nicht abgeändert werden, daher könnten sich die gegenwärtigen Verhandlungen nur auf die Frage beschränken, ob die deutschen und kanadischen Anregungen eine Änderung der bestehenden, in den Minderheitenschutzverträgen festgelegten Verpflichtungen zum Gegenstand haben.** Aus diesem Grunde beantragte Herr Zaleski, daß der Rat einen Berichterstatter ernennt, der unter Hinzuziehung von zwei Ratsmitgliedern somit als **Dreier-Komitee die Minderheitenfrage** prüft.

Die Unterzeichnerstaaten der Minderheitenverträge hätten bereits häufig Beweise ihres guten Willens gezeigt, indem sie Abänderungen des Beschwerdeverfahrens zugestimmt hatten. Das beste Verfahren zur Regelung der Frage bestehe darin, daß die Minderheiten nicht immer neue Grundsätze und Sicherheiten verlangen, sondern die ihnen bereits gewährten Rechte auszunutzen suchten und ihre Belange in Übereinstimmung brächten mit den Belangen des Staates. Die fortgesetzten Eingaben beunruhigten die öffentliche Meinung und stimmten sie oft wenig günstig für die Beschwerden der Minderheiten. **Man dürfe nicht vergessen, daß die Minderheiten nur einen verschwindend kleinen Teil (?) innerhalb des Mehrheitsvolkes darstellten.** Der Völkerbund dürfe sich nicht durch irgend welche unberechtigten (?) Einzelkritiken hypnotisieren lassen. Vor einer Beurteilung des gegenwärtigen Systems müsse die Lage der Minderheiten verglichen werden mit der Lage der Minderheiten vor dem Kriege, nicht aber mit irgend einem unerreichbaren Ideal.

Sodann erklärte **Titulescu,** daß sich die rumänische Regierung vollständig den Erklärungen des polnischen Vertreters anschließe und sich gleichfalls für das von diesem vorgeschlagene Dreier-Komitee einsetze.

Chamberlain gegen Stresemann.

Darauf hielt der **englische Außenminister Sir Austen Chamberlain** eine einstündige Rede. Er erklärte, der Rat habe auf Grund des Völkerbundvertrages keine Zuständigkeit, sich mit der Minderheitenfrage zu befassen. In längeren Ausführungen stellte er **das gegenwärtige Beschwerdeverfahren als zweckentsprechend und förderlich** hin und lobte insbesondere den früheren Leiter der Minderheiten-Abteilung des Völkerbundsekretariats Colban. Er sehe nicht ein, welche Änderungen in dem Beschwerdeverfahren vorgenommen werden könnten. Allerdings wäre eine Ausdehnung der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen des Dreier-Komitees wünschenswert.

Chamberlain ging sodann auf die bekannte **Erklärung des brasilianischen Vertreters Mello Franco** von 1925 ein, der damals die These der Aufsaugung der Minderheiten durch das Mehrheitsvolk vertrat. Chamberlain erläuterte hierbei nach wörtlicher Verlesung der Erklärung Mello Francos seine damals von ihm gemachten und so viel angegriffenen Ausführungen, die keineswegs mit der These Mello Francos sympathisierten. Chamberlain wies darauf hin, daß der Völkerbund kein Recht habe, über die Grenzen der im Minderheitenvertrag festgelegten Bestimmungen hinauszugehen. (Das wird auch gar nicht verlangt! D. R.) **Eine große Gefahr bestehe in der Verbindung der Minderheitenfrage mit dem Artikel 19 des Völkerbundvertrages, der die Abänderung von internationalen Verträgen vorsieht.** Aus derartigen Verbindungen könnten die größten Gefahren und Störungen entstehen. Gegenüber der Erklärung Briands von den heiligen Rechten der Minderheiten betone er die **heiligen Pflichten** der Minderheiten gegenüber ihren Staaten. Die Minderheiten müßten mit reinen Händen vor den Völkerbund treten. Chamberlain betonte sodann, die Anspielungen in der Rede Stresemanns auf den Art. 19 des Völkerbundvertrages, der die Änderungen von internationalen Verträgen betreffe, seien in diesem Falle nicht angebracht, ebenso mißfielen ihm die verschiedenen Andeutungen über den Wandel, dem heute die Völkerbundstaaten unterliegen. Es handle sich bei den Minderheitenverträgen nicht um Abkommen, die irgend welchen zeitlichen Abänderungen unterlägen, sondern als endgültig gedacht seien. **Er schloß sich dem Antrage des polnischen und rumänischen Vertreters auf Einsetzung eines Dreier-Komitees an,** da die Minderheitenfrage zu wichtig sei, als daß sie in einer einzelnen Verhandlung des Rates abgeschlossen werden könnte.

Der **finnländische Außenminister Procopé** sagte in einer kurzen Ansprache, die Minderheitenfrage berühre alle Staaten, ob sie Minderheitenschutzverträge eingegangen seien oder nicht. Man müsse ein Verfahren finden, das **eine gerechte Behandlung der Minderheitenfrage** durch den Völkerbund sichere, ohne den die Minderheitenverträge ein toter Buchstabe blieben. Die kanadischen Vorschläge enthielten große Vorteile und bedeuteten einen wesentlichen Fortschritt. Auch er lege großen Wert auf die **Einsetzung eines Ratsausschusses, der die gesamte Minderheitenfrage von Grund**

auf prüft und dem Rat einen Arbeitsplan unterbreitet. Als Berichterstatter des Ausschusses schlug Procopé den japanischen Botschafter Adatchi vor, der bereits bisher dem für Minderheitenklagen zunächst zuständigen Dreierkomitee präsidierte.

Stresemann antwortet Chamberlain.

In dem weiteren Verlauf der Debatte ergriff Reichsaußenminister Dr. Stresemann noch einmal das Wort, um dem englischen Außenminister Chamberlain zu antworten.

Stresemann wies darauf hin, daß der englische Außenminister ihn bei seiner Erwähnung des nicht ewig Währens gegenwärtiger Verträge mißverstanden habe und daß ebenso auch sein Hinweis, man solle keinen Mißbrauch mit dem Art. 19 treiben, offenbar mißverstanden worden sei. Der Irrtum wäre nicht entstanden, wenn Chamberlain der Wortlaut seiner Erklärung vorgelegen hätte. Stresemann gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch der englische Außenminister die Auslegung Mello Francos von 1925 nicht so aufgefaßt habe, als ob eine Minderheit zur Angleichung an das Staatsvolk gezwungen werden sollte, sondern nur so, als ob die Klagen der Minderheiten möglichst bald verschwinden möchten. Mit diesem Wunsch Chamberlains stimme er (Stresemann) völlig überein. Auch er hoffe, durch das ihm vorgeschlagene Verfahren die Klagen der Minderheiten zum Verstummen zu bringen.

Auch Briand lehnt Stresemanns Vorschläge ab.

Nunmehr ergriff der französische Außenminister Aristide Briand das Wort zu einer längeren Rede, in der er jegliche Änderung des gegenwärtigen Standes des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund ablehnte, falls hierdurch die Souveränität der Staaten und eine Angleichung der Minderheiten an das Mehrheitsvolk in Frage gestellt würde. Briand ging von der Feststellung aus, daß der Völkerbund niemals versucht habe, sich seinen Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten zu entziehen. Der Völkerbund habe jedoch über alle Erwägungen den Schutz der nationalen Souveränität des Staates zu stellen. Dieser Grundsatz habe allen anderen Grundsätzen vorzugehen. Die Schwierigkeiten, in denen sich der Rat befindet, seien die Aufrechterhaltung sowohl dieses Grundsatzes als auch der den Minderheiten gewährten Rechte. Stresemann habe in einer philosophischen Rede ein sehr weitgehendes Ideal vorgeschlagen, während Chamberlain eine mehr praktische Auffassung vertreten habe. Man müsse dem Rechnung tragen, daß der Völkerbund es mit einer traurigen Wirklichkeit und nicht mit der Ewigkeit zu tun habe. Es sei nicht Aufgabe des Völkerbundes, sich hier mit der Ewigkeit zu befassen. Er zweifle nicht daran, daß die Verteidiger der Minderheitenrechte von ehrlichen Absichten ausgehen. Aber Menschen seien bloß Menschen. Es gebe aber Menschen, die einen verachtungswürdigen und sonderbaren Geschmack in der Politik hätten und es als ihre Aufgabe ansehen, die Minderheiten fortwährend aufzuhetzen, statt sie zu beruhigen. (Damit meint Briand offenbar die Verfolger und Peiniger der Minderheiten; andere Hetzer sind uns unbekannt. D. R.) Dies diene nicht dem Weltfrieden, da hierdurch nur ein Block der Unzufriedenheit geschaffen werde. Die Aufgabe des Minderheitenschutzes des Völkerbundes sei nicht, die Minderheiten verschwinden zu lassen, sondern für einen Ausgleich zwischen Mehrheits- und Minderheitsvölkern zu wirken, ohne daß die Minderheiten hierbei ihre eigene Geschichte und ihr eigenes Gefüge verlören. Die Minderheiten sind vielmehr als

eine kleine Familie

innerhalb einer großen Familie zur Stärkung des Staates zu verstehen. So würden die Minderheiten allmählich im Laufe der Zeit unter Aufrechterhaltung ihrer Eigenart in Einklang mit dem Mehrheitsvolk geraten. Aus diesem Grunde wäre es falsch, die Minderheiten in eine Kampfstellung gegenüber den Minderheiten zu drängen. (Also darf man sie nicht verfolgen! D. R.) Denn das Mehrheitsvolk würde sich gegen die Minderheit verteidigen, und somit dürfte eine Sicherung des Friedens unmöglich sein. Wenn die nationale Stärke und Souveränität der Staaten erschüttert wäre, wäre eine Gefahr für den Frieden geschaffen.

Zur Frage des Beschwerdeverfahrens erklärte Briand, daß die bisherigen Ausschüsse von der Öffentlichkeit außerordentlich stark kritisiert worden seien. Briand wies darauf hin, daß diese Ausschüsse nutzbringende Arbeit geleistet hätten. Im Jahre 1928 hätten diese Ausschüsse 44 Sitzungen abgehalten und 23 Minderheitenbeschwerden aus acht Ländern geprüft. Man solle ein neues, besseres Verfahren finden, wenn dies möglich sei. Aber bei einer Neuregelung müsse alles vermieden werden, was eine Verständigung verhindern könne. Wenn der Rat sich fortlaufend mit den Fragen der Minderheiten befassen sollte, so würde das für die Ratsmitglieder ein ständiger Beruf werden. Briand schloß mit der Erklärung, daß er sich dem Antrage des polnischen und rumänischen Vertreters anschließe, und sich auch für die Einsetzung des Dreier-Komitees ausspreche, das als Berichterstatter der japanische Botschafter Adatchi führen solle.

Chamberlain besucht Stresemann.

Genf, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Außenminister Chamberlain erschien am heutigen Donnerstag kurz nach 10 Uhr bei dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu einem Besuch, der bis um ½12 Uhr dauerte. Es wird angenommen, daß Dr. Stresemann in dieser Unterredung sehr nachdrücklich sein Befremden über den Verlauf der Verhandlungen und die Art, in welcher in der gestrigen Ratssitzung von englischer Seite zur Minderheitenfrage Stellung genommen wurde, ausgedrückt hat.

.... und Kinder jubeln!

Sie haben gestern noch geweint ...

Die Warschauer Blätter frohlocken über den Ausgang der gestrigen Ratstagung und sprechen von einem Zusammenbruch der Attacke Dr. Stresemanns vor der geschlossenen Front Frankreichs, Englands, Polens und Rumäniens.

Wir haben nichts anderes erwartet. Wenn freilich Warschauer Blätter politisch dächten, würden sie diesen Pyrrhussieg beweinen. Morgen ist auch ein Tag, und die Minderheiten-Debatte geht weiter. Es ist aber in der Weltgeschichte immer so gewesen, daß die Völker ihre Jahrzeiten verschieden feiern. Der eine hält mit bitterer Miene seine Fasten, während der andere sich an österlicher Auferstehungswonne berauscht. Schon morgen vielleicht sind die Rollen genau so vertauscht, wie sie es gestern waren. Wer kann das wissen? Wer will da über die Verkündung ewiger Grundsätze schelten, die allen Völkern den Frieden verbürgen. Dient diese jetzt bekämpfte Magna Charta“ nicht vornehmlich jenen kleineren Völkern, die zwischen weit größeren Volksmassen anderen Stammes eingeschlossen sind und sich mit keinem Nachbarn vertragen?

Dandurands verbesserte Vorschläge.

Genf, 6. März. (Voss. Zeitg.) Der kanadische Ratsdelegierte Senator Dandurand hat an seinen in der vorigen Woche bereits gemachten Anträgen zum Minderheitenverfahren einige Veränderungen angebracht, die ohne Zweifel wesentliche Verbesserungen seiner Anträge bedeuten. Die erste der wichtigeren Abänderungen bestimmt, daß in dringenden Fällen die Minderheit das Recht haben soll, ihre Beschwerde sofort abschriftlich dem Generalsekretär des Völkerbundes gleichzeitig mit der eigenen Regierung zuzustellen. In diesem Falle soll der Generalsekretär, wenn er die Dringlichkeit anerkennt, das bisherige Verfahren für dringliche Fälle in Gang setzen, das heißt, die Beschwerde sofort sämtlichen Ratsmitgliedern zur Kenntnis bringen und sie auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung setzen, falls nicht der Rat sich infolge besonderer Dringlichkeit auf eine außerordentliche Tagung einigt.

Die zweite bedeutsame Änderung bestimmt, daß auch in den Fällen, in denen weder das Ratskomitee als Ganzes, noch irgendein Einzelmitglied des Völkerbundrates beim Rat einen Antrag auf Behandlung der Beschwerde stellt, ein Beschluß darüber gefaßt werden muß, ob und in welchem Umfange von der Angelegenheit öffentlich Mitteilung gemacht werden soll.

Mit diesen Änderungen gewinnen die Vorschläge des kanadischen Senators ganz erheblich an praktischer Brauchbarkeit, denn der Fehler des bisher vorliegenden Vorschlages war in der Hauptsache eben der, daß für sehr eilige und keinen Aufschub duldende Fälle kein Verfahren vorgesehen war. Jede Beschwerde der Minderheiten hätte dreißig bis siebzig Tage warten müssen, ehe sie vom Völkerbundrat behandelt werden konnte. Diesem Übelstand ist nun aufs beste abgeholfen worden; denn man muß zu dem Generalsekretär in jedem Falle das Zutrauen haben, daß er in wirklich eiligen Fällen auch tatsächlich sofort die Angelegenheit dem Rate unterbreitet.

*

Senator Dandurand handelt selbständig.

Genf, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Kreisen der kanadischen Abordnung wird mitgeteilt, daß Senator Dandurand die Aufrollung der Minderheitenfrage auf der gegenwärtigen Tagung des Rates als eine persönliche Gewissenspflicht empfindet. Er werde daher in den kommenden Ratsverhandlungen seinen Antrag mit größtem Nachdruck verteidigen. Er handele vollkommen selbständig und habe Aussprachen mit den übrigen Ratsmitgliedern vermieden, um in keiner Weise von irgendeiner Seite beeinflußt zu werden. Er sei der festen Überzeugung, daß es unabweisbare Pflicht des Rates sei, jetzt in eine grundlegende Prüfung der Völkerbundssicherheiten bis zur Vollversammlung des Völkerbundes im September einzutreten und den berechtigten Forderungen und Wünschen der Minderheiten Rechnung zu tragen.

Wie selten ist doch ein Mann, der sich einer persönlichen Gewissenspflicht bewußt ist und danach handelt!

*

Dr. Benesch zur Minderheitenfrage.

Genf, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat in privater Form sämtlichen Mitgliedern des Rates einzeln seine Stellungnahme in der Minderheitenfrage soeben übermittelt. Benesch läßt mitteilen, daß nach seiner Auffassung das gegenwärtige Beschwerdeverfahren für die Minderheitenfrage beim Völkerbund keiner Abänderung und keiner Neuregelung bedürfe. Die gegenwärtige, vom Völkerbundrat getroffene Regelung für die Erörterung der Minderheitenbeschwerden sei völlig ausreichend; es liege daher keine Veranlassung für den Rat vor, in die Prüfung einer etwaigen Neuregelung des Verfahrens einzutreten.

Daß Herr Benesch wünscht, daß alles beim alten bleibe, wird ihm jeder Biedermann nachfühlen können. Eine private Mitteilung seiner dunklen Gedanken war gar nicht erst nötig; sie haben sich in der tschechischen Minderheitenpolitik bereits hinlänglich offenbart.

*

Korfanty in Genf.

Die Ankunft des polnischen Sejmabgeordneten Korfanty in der Völkerbundstadt, der in den letzten Wochen wegen seiner scharfen Kritik an der Verhaftung des Führers des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, Ulitz, von sich reden gemacht hat, hat in Genf überrascht, zumal seine Opposition zu der augenblicklichen polnischen Regierung und besonders zu dem Staatschef Pilsudski und dem Außenminister Zaleski gleich zu Gerüchten von Vorstößen Korfantys Anlaß gegeben hat. Wie Korfanty jedoch erklärt, ist er lediglich wegen der Minderheitenfrage, die ihn als Führer in Polnisch-Oberschlesien in erster Linie interessiert, nach Genf gekommen. Nach seiner Ansicht beruht die Minderheitenbeschwerde vor dem Völkerbundrat zum größten Teil auf Mißverständnissen, wie z. B. in Schul- und Polizeifragen, die besser an Ort und Stelle erledigt würden. Aber Korfanty hat bekanntlich selbst und mit Nachdruck betont, daß diese „bessere Erledigung“ an Ort und Stelle nicht erfolgt.

Das Memorial über Danzig.

Die Telegraphen-Union, die bekanntlich die Veröffentlichung des vollen Wortlauts der angeblichen polnischen Richtlinien für die gegenüber Danzig zu beobachtende Politik angekündigt hat, teilt mit, daß das Schriftstück die Unterschrift des polnischen Legationsrates Zalewski trägt, der bis vor kurzem der erste Mitarbeiter des polnischen Vertreters in Danzig, des Minister Strasburger, war. Dabei ist interessant, daß der „Dziennik Bydgoski“ diese Nachricht, die Denkschrift stamme aus der Umgebung Strasburgers, bereits dementierte, als die Telegraphen-Union die oben mitgeteilte Behauptung noch gar nicht aufgestellt hatte.

Unsere Ansicht, daß die von der polnischen Regierung abgelehnten Richtlinien das Gesicht der „Baltischen Presse“ verraten, wird dadurch bekräftigt, daß sich die „Baltische Presse“, ein in deutscher Sprache erscheinendes polnisches Organ in Danzig, leider mit antideutscher Tendenz und amtlicher polnischer Unterstützung, inhaltlich zu den mysteriösen Richtlinien bekennt. Allerdings versäumt sie es, ihren Lesern den ganzen Text des Memorials zu verraten und setzt ihnen aus dem ganzen Kuchen nur solche Rosinen vor, die ihr gefallen.

Die sozialdmokratische „Danziger Volksstimme“ schreibt in einem Kommentar zu der dementierten Denkschrift mit Bezug auf das Korridorproblem und uns Deutsche in Polen:

„Fraglich nur, ob in absehbarer Zeit das Ostproblem überhaupt akut werden dürfte. Wenn schließlich aber? Lohnt es sich wirklich, um ein Stück Land und ein paar hunderttausend Menschen in einem neuen Kriegswahnsinn Millionen zu opfern? Außerdem ist die Regelung der Ostgrenzenfrage Deutschlands und nicht Danzigs Sache.“

Der letzte Gedanke stimmt, und was für Danzig gilt, gilt auch für uns. Aber soviel politische Kenntnis sollte selbst die „Danziger Volksstimme“ besitzen, daß sie nicht von einem „Kriegswahnsinn“ fabelt, der nur in den Köpfen polnischer Chauvinisten herumgeistert. Auch an politischem Takt läßt dieses sozialistische Bekenntnis zu wünschen übrig.

Fortsetzung der Aussprache im Senat.

Warschau, 7. März. Von den Rednern, die gestern für die allgemeine Diskussion über den Staatshaushalt im Senat vorgeschickt wurden, rief eine besondere Überraschung die Rede des Vertreters der Piast-Partei für Pommerellen, Senator Kulerski, des Herausgebers der „Gazeta Grudziądzka“, hervor, der u. a. erklärte, daß sich die Piasten stets wohlwollend einer jeden polnischen Regierung gegenüber einstellen wollten, doch die Vertreter der Regierungspartei bekämen schon bei dem Gedanken, daß die Piasten mit der Regierung zusammenarbeiten könnten, einen Nervenchok. Der Redner trat der Behauptung des Senatsmarschalls entgegen, daß das ganze polnische Volk jetzt Freude am Leben empfinde. Das Volk leide vielmehr unter Unterdrückung und Untoleranz. Man wolle das Parlament beseitigen, und kneble die Presse. Es sei die höchste Zeit, daß die Regierung ein neues Pressegesetz vorlege.

Senator Kamieniecki (Regierungsklub) betont, daß er sich der Bedeutung der Regelung des Minderheitenproblems voll bewußt sei. Er meint, daß der „Block der Zusammenarbeit mit der Regierung“ das Zusammenleben der unter dem gemeinsamen Dach der Republik wohnenden Völker ermöglichen und organisieren wolle.

*

Vertagung der Diskussion über die Agrarreform

Warschau, 7. März. In der gestrigen Sitzung der Sejmkommission für Agrarreform wurde die Aussprache über die Anträge der PPS, der Bauernpartei und des Piastenklubs auf Änderung des Gesetzes über die Ausführung der Agrarreform fortgesetzt. Der Regierungsvertreter gab die Erklärung ab, daß das Ministerium für Agrarreform Anfang Mai ein eigenes Projekt in dieser Frage dem Sejm vorlegen werde. Infolgedessen wurde mit 16 gegen 8 Stimmen beschlossen, die weitere Diskussion über diese Materie bis dahin zu vertagen.

Antirussischer Ostblock?

Bukarest, 5. März. Im Zusammenhange mit dem Warschauer Aufenhalt des rumänischen Außenministers Mironescu kursieren hier die verschiedensten Gerüchte, von denen der Bukarester Korrespondent des „Ilustrowany Kurj. Codzienny“ sagt, daß sie jeder Grundlage entbehrten. Nach diesen Gerüchten sollen polnische Kreise dem rumänischen Minister gegenüber der Meinung dahin Ausdruck gegeben haben, daß es zur Beseitigung der russischen Gefahr angezeigt wäre, einen politischen Ostblock ins Leben zu rufen, dessen Leitung naturgemäß in polnische Hände gelegt werden müßte. Die Beteiligung Rumäniens an diesem Block sei unbedingt notwendig, doch müsse man damit rechnen, daß Rumänien gegenwärtig die Hände gebunden sind, da zwei slawische Staaten der Kleinen Entente für eine offene antirussische Politik nicht zu haben seien. In Warschau bestehe daher das Bestreben, Rumänien der Kleinen Entente zu entfremden und es für den antirussischen Ostblock zu gewinnen, dessen Zustandekommen lediglich nach einer Versöhnung Rumäniens mit Ungarn möglich wäre.

Aus diesen Gründen habe Polen den Versuch, zwischen Rumänien und Ungarn zu vermitteln, erneuert. Besonders trete Marschall Pilsudski warm für einen antirussischen Ostblock und für die Trennung zwischen Rumänien und der Kleinen Entente ein. Dies soll der Grund der in der letzten Zeit eingetretenen erhöhten Spannung der Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei sein. Gegenüber diesen polnischen Plänen nehme Frankreich vorläufig eine abwartende Stellung ein; es würde sie aber im Falle des Gelingens wohlwollend begrüßen.

Trotzki darf nicht nach Frankreich.

Paris, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Morgenblätter melden, hat sich der französische Ministerrat mit der Frage der Einreise-Erlaubnis für Trotzki beschäftigt. Die Erlaubnis wurde versagt. Gegen Trotzki ist übrigens noch immer ein alter französischer Ausweisungsbefehl gültig.

De Valera aus der Haft entlassen.

London, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) De Valera ist am Mittwoch nach Verbüßung seiner einmonatlichen Gefängnisstrafe wegen Verletzung des Einreiseverbots für Nord-Irland aus dem Belfaster Gefängnis entlassen worden. Er wurde nach einer Grenzstation und von dort unter polizeilicher Bewachung nach Dublin gebracht. Die Entlassung erfolgte einen Tag früher als erwartet wurde, so daß es zu keinerlei Kundgebungen kam.

Ernste Lage in Mexiko.

London, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Mexiko haben die Regierungstruppen Oricaba eingenommen. Die Regierung will zunächst mit 15 000 Mann den Aufstand in Veracruz niederwerfen und sich dann gegen den Norden wenden, wo die Aufständischen in heftigen Kämpfen ihre Stellungen verbessern konnten. Calles wird nach Übernahme des Oberbefehls dort mit einer schlechten Stellung der Regierungstruppen rechnen müssen. Aus beiden Lagern kommen Meldungen, die erkennen lassen, daß beide Seiten Vertrauen zum Siege haben. Die Lage der mexikanischen Regierung ist zweifellos ernst, sie gibt zu, daß nahezu ein Fünftel des Heeres zu den Aufständischen übergegangen sei. Verschärft wird die Lage noch durch den Aufstand der Flotte. In einer Sitzung des mexikanischen Kongresses sollen Portes Gil besondere finanzielle und wirtschaftliche Vollmachten gegeben werden.

Berlin, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Nachtausgabe meldet aus Newyork, daß es den Aufständischen gelungen sei, wichtige strategische Punkte zu besetzen, darunter die Stadt Montrey, womit die Hauptstadt von drei Seiten völlig abgeriegelt worden ist. Den Aufständischen fielen drei Generäle, 78 Offiziere und 560 Mann Regierungstruppen in die Hände, ferner viel Munition, Gewehre und Maschinengewehre.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 56.

Bromberg, Freitag den 8. März 1929.

Pommerellen.

7. März.

Graudenz (Grudziądz).

× **Bevölkerungsbewegung.** Auf dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 18. Februar bis zum 2. März angemeldet: 43 eheliche Geburten (27 Knaben und 16 Mädchen), sowie 11 uneheliche Geburten (6 Knaben und 5 Mädchen), ferner 6 Eheschließungen, sowie 25 Todesfälle. *

* **Wassersnot in kleinem Stil** hat die jetzige, in den Haupttagesstunden etwas über Null liegende Temperatur, im Verein mit der schon kräftigen Einwirkung der Märzsonne, im Gefolge. Von manchen Dächern gießt es dann in Strömen und auf den Straßen bilden sich große Lachen, die z. B. am Mittwoch Ecke Unterthornerstraße und Getreidemarkt und an der Ecke Brüder- und Unterthornerstraße infolge der eingefrorenen Gullys erheblichen Umfang annehmen. Sofort trat auch an erstgenannter Stelle die „Rettungsbereitschaft" in Gestalt von städtischen Arbeitern, die das Wasser in die für den Zweck bestimmten Wagen schafften, in Tätigkeit. Der jetzt noch auf manchen Nebenstraßen befindliche Schnee wird in beschleunigtem Tempo fortgebracht und dafür gesorgt, daß die Rinnsteine und Abflüsse freiliegen und in Ordnung sind, was auch dringend notwendig ist. Den Hausbesitzern bereitet, soweit ihre Dächer noch nicht schneebefreit sind, der zu Wasser werdende Schnee verständliches Unbehagen, da die abrinnende Flüssigkeit die dichtesten Beläge und Verbindungen durchdringt, auf die Böden strömt, ja sogar in darunter gelegene Wohnungen gerät. *

× **Großer Ladenbrand.** Zum zweiten Male wurde am Dienstag, diesmal gegen 11 Uhr nachts, die Freiwillige Feuerwehr alarmiert, und zwar nach dem Hause Getreidemarkt Nr. 23. Als die Wehr erschien, fand sie den im Parterre dieses Gebäudes befindlichen Laden der Firma „Standard" (Handlung elektrischer und Radioartikel) bereits in hellen Flammen. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß in den elektrischen Leitungen angegeben. Die große Schaufensterscheibe des Geschäfts war geborsten und die einzelnen Glasstücke nach außen herausgefallen. Die Wehr, die von Vorübergehenden alarmiert worden war, ging sofort energisch an die Bekämpfung des Feuers, das sich auf die obere Etage auszudehnen drohte. Da die auf dieser Seite des Getreidemarktes befindlichen Hydranten versagten, mußte eine 200 Meter lange Schlauchleitung nach dem Hydranten am Szydzikschen Restaurant auf der anderen Seite des Platzes gelegt werden. In etwa einstündiger, angestrengtester Arbeit war das Feuer unterdrückt und jede Gefahr für ein Weitergreifen nach den über dem Laden gelegenen Stockwerken beseitigt. Der Bewohner der ersten Etage hatte sich angesichts des so urplötzlich ausgebrochenen Feuers und der Schnelligkeit, mit der es um sich griff, erklärlicherweise große Furcht bemächtigt, die aber bei der gründlichen und erfolgreichen Arbeit der Wehr sich bald legte. Gerettet werden konnte aus dem brennenden Laden bei dem rapiden Fortschreiten des Feuers leider nichts. Der Laden ist vollständig ausgebrannt. Der Ladeninhaber und drei andere Herren befanden sich in einem Zimmer hinter dem Laden, dessen Fenster mittels Eisenstangen vergittert ist. Sie mußten nach teilweiser Beseitigung des Fensterschutzes durch Feuerwehrleute, die zum Teil mit Rauchschutzmasken versehen waren, aus dem Zimmer befreit werden. Der vom Feuer angerichtete Schaden ist bedeutend; er wird auf 25—30 000 Złoty geschätzt und soll durch Versicherung gedeckt sein. *

Thorn (Toruń).

‡ **Das Thermometer** zeigte in den Morgenstunden des Mittwoch 0 Grad an und stieg mittags bei bewölktem Himmel bis auf 5 Grad Celsius. Der Barometerstand ist zurückgegangen und betrug 748 Millimeter. — In der Nacht war erneut Schnee gefallen und zwar so stark, daß aus den bereits gesäubert gewesenen Hauptstraßen wieder viele Fuhren abgefahren werden mußten. — Der Wasserstand der Weichsel betrug Mittwoch früh 1,14 Meter über Normal. **

—dt **Der Deichverband der Thorner Niederung** hat bereits die nötigen Vorkehrungen für einen Eisgang getroffen. Man hat an die am meisten bedrohten Stellen des Dammes Material herangeschafft, um im Falle eines Dammbruchs diesen sofort wieder zu sichern. **

‡ **Holzversteigerung.** Am Montag, dem 11. März, vormittags 10 Uhr findet im Gasthause Eisenhardt in Schirpitz (Cierpice) eine Versteigerung von Brenn- und Nutzholz in kleineren Mengen aus der staatlichen Oberförsterei Cierpiszewo statt. Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekanntgegeben. **

—dt **Achtung, Mehlhändler!** Der Stadtpräsident macht bekannt, daß alle Mehlhändler verpflichtet sind, am ersten eines jeden Monats, aber spätestens bis zum 5. des betr. Monats den vorhandenen Vorrat dem Magistrat anzumelden. Der Anmeldung unterliegen nur Vorräte von Weizenmehl und zwar von über 25 Zentnern bei Groß- und 2 Zentnern bei Kleinhändlern. **

—* **Brandstatistik.** Im Januar wurden in Pommerellen 40 Brände notiert, deren Entstehungsursache war: in 17 Fällen Unvorsichtigkeit, in 9 Brandstiftung, in 7 Kamindefekt, in 5 Selbstentzündung, Gasexplosion und durch spielende Kinder in je einem Falle. Der Gesamtschaden beläuft sich auf rund 260 000 Złoty. **

—* **Festnahme eines Schwindlers.** Ein Mann namens Teodor Wojciechowski gelangte auf unredliche Weise in den Besitz von Formularen mit dem Kirchenstempel und der Unterschrift des Dekans, so daß er sich eine Bevollmächtigung ausstellte und Geldbeträge für den Bau der neuen Kirche in Mocker sammelte. Er hatte viel Glück mit dem Geldsammeln, bis er in Lulkau in die Hände der Polizei geriet. **

‡ **Ihre Aufklärung gefunden** haben zwei bereits längere Zeit zurückliegende Diebstähle. So wurden die beiden Täter, die im April vergangenen Jahres dem Dr. Brejski einen Pelz gestohlen hatten, festgestellt und der Staatsanwaltschaft übergeben und ferner der Bijouteriendieb, der das Geschäft von Starzyński um Waren im Werte 160 Złoty bestohlen hatte, ausfindig gemacht. **

‡ **Diebstahl.** Zygmunt Żurawski, Bornstraße 18 wohnhaft, wurde eine Tasche mit einem Paar Schlittschuh im Werte von 40 Złoty gestohlen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. **

y. **Briesen** (Wąbrzeźno), 5. März. Am vergangenen Sonnabend verstarb hier der erste Starost des Kreises, Dr. Szczepański, plötzlich an Herzschlag. Der Verstorbene erfreute sich bei beiden Nationalitäten einer großen Beliebtheit und verstand es, gleich nach der Übergabe stets ausgleichend zu wirken. Er wurde heute unter großer Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen.

ch **Konitz** (Chojnice), 6. März. Am 14. März findet hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt. — Vom 5. März bis 30. November d. J. sind die Bureauräume des hiesigen städtischen Eichamtes an jedem Mittwoch, Freitag und Sonnabend während der Dienststunden von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr für das Publikum geöffnet. — Im Monat März finden im Kreise Konitz wie folgt Jahrmärkte statt: Am 12. März in Bruß Kram-, Vieh- und Pferdemarkt; in Heidemühl am 19. März Kram-, Vieh- und Pferdemarkt; in Long am 28. März Kram-, Vieh- und Pferdemarkt. — Ein schwerer Junge ist der Arbeiter Winiecki, der sich in Untersuchungshaft in Bromberg befand und von dort gefesselt und unter schwerer Bedeckung nach Konitz gebracht wurde. W. hatte im Jahre 1925 in Tuchel einen Einbruch verübt und war dann nach Bromberg geflohen, wo er 1928 gefaßt wurde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren Zuchthaus. ⅓ der Strafe wurde ihm erlassen. Mit schweren Fesseln an den Händen stürzte sich der Angeklagte auf einen Wachtmeister, jedoch wurde der Angriff von dem Beamten abgewiesen. Der Angeklagte wurde sofort abgeführt. — Wegen schweren Einbruchsdiebstahls und Hehlerei hatten sich 15 Personen sämtlich aus Czersk zu verantworten. Der Zeugenapparat umfaßte die Zahl 32. Die Verhandlung konnte nicht fortgesetzt werden, da zwei Angeklagte, darunter der Hauptangeklagte, nach Konradstein übergeführt werden sollen, um auf ihren Geisteszustand untersucht zu werden. — Am Montag fand hier eine Stadtverordnetensitzung statt, an der 23 Stadtverordnete teilnahmen. Aus dem Revisionsbericht ergab sich folgender Kassenstand: Im Dezember 1928 Einnahmen 819 166,92, Ausgaben 817 722,78, Bestand 1444,14 Zł. Im Januar 1929: Einnahmen 900 776, Ausgaben 894 837,05 Złoty, Bestand 5938,95 Złoty. — Das zweite Zuschlagsbudget für 1928/29 wurde laufend beraten, das Statut der Stadtkommunalkasse zur Kenntnis genommen. Der Unterricht in der Fortbildungsschule wird auf 10 Stunden wöchentlich beibehalten. Der Ankauf von Gelände für den Ausbau der Straße Podgorna zum Preise von 5 Złoty pro Quadratmeter wurde genehmigt.

h. **Löbau** (Lubawa), 5. März. Am Freitag, 8. d. M., findet hier durch die staatliche Oberförsterei Kostkowo eine Holzversteigerung statt. Zum Verkauf kommt Nutz- und Brennholz aus den Revieren Tylice, Białagora, Napromek und Gierloż. Händler sind ausgeschlossen. — Am Dienstag, 12. d. M., findet in der Gemeinde Kielpin (Kielpin,) ein Vieh- und Pferdemarkt statt. — Als ein ungetreuer Angestellter erwies sich ein Gehilfe der beim Milchmeier Kalwicz in Rynek beschäftigt war. Er unterschlug nämlich einen Geldbetrag von 120 Złoty, den er von seinem Brotgeber zur Auszahlung an die Landleute aus Kielpin für gelieferte Milch erhalten hatte. Nach dem Gehilfen wird geforscht.

a. **Schwetz** (Świecie), 4. März. Aus Anlaß des heute hier stattgefundenen Vieh- und Pferdemarktes herrschte ein sehr reger Verkehr in der Stadt. Der Auftrieb, besonders von Rindvieh, war recht stark. Es fehlte jedoch an besserem Material. Man verlangte für mittelmäßige Ware 450—550, für abgemolkene Kühe 300—400 und für ältere Kühe 250—300 Złoty. Auf dem Pferdemarkt war der Auftrieb nicht sehr groß, auch fehlte es hier an besserem Material. Die Kauflust war nicht zu groß, trotzdem genug Publikum anwesend war. Es wurde für mittlere Wagenpferde 500—700 Złoty, für gewöhnlichere Arbeitspferde 450—500 Złoty gezahlt, abgearbeitete Pferde wurden mit 300—350 Złoty gehandelt. Im allgemeinen wurden nicht viel Käufe abgeschlossen. Der Betrieb in den Läden war recht rege.

× **Aus dem Kreise Schwetz**, 6. März. Diebstähle. Dem Landwirt Jedrzyca in Suchau wurde aus dem Schlitten eine wollene Decke gestohlen. Der Polizei gelang es, den Täter zu entdecken und dem Besitzer sein Eigentum wieder zuzustellen. In Lubau stahlen Spitzbuben dem Besitzer Lewandowski sieben Hühner. Auch der Arbeiter Deja büßte durch Diebstahl einige Hühner ein.

x. **Zempelburg** (Sępólno), 6. März. Am Montag, dem 11. d. M., findet im Hotel Polonia, 10 Uhr vormittags, eine Holzversteigerung statt. Aus den Schutzbezirken Neuhof, Lutau, Eichfelde, Zalesniak und Świdwie kommen gegen sofortige Barzahlung Nutz- und Brennholz zum Verkauf. — Nachdem der Unterricht in der hiesigen Fortbildungsschule am 4. d. M. wieder begonnen hat, ist auch in der Mittelschule der Unterricht am 6. d. M. wieder aufgenommen worden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 6. März. Ein historisches Schloß niedergebrannt. Das ostgalizische Schloß Zorawnia, der historische Stammsitz der polnischen Fürstenfamilie Czartoryski, ist beinahe vollständig niedergebrannt. Die Feuersbrunst dauerte über 24 Stunden. Die Löscharbeiten waren dadurch erschwert, daß infolge des Frostes das Wasser erst aus einer Entfernung von über 2 Kilometer herbeigebracht werden mußte. Während die Gebäude mit ihren künstlerisch zum Teil sehr wertvollen Decken und Portalen zerstört sind, gelang es, die reiche Schloßbibliothek, die Bilder und die alten Möbel fast vollständig zu retten.

Kleine Rundschau.

* **Helgoland bedroht.** Durch den schweren Eisgang der letzten Wochen ist die Insel Helgoland stark geschädigt worden. Wie jetzt festgestellt wurde, sind etwa 700 Kubikmeter Felsgestein ins Meer abgestürzt.

* **Das Limburger Schloß wird wiederaufgebaut.** Das kürzlich zum größten Teil abgebrannte Limburger Schloß, das seit 1866 Eigentum des preußischen Staates ist, wird in dem alten Stil wieder aufgebaut werden.

Rundschau des Staatsbürgers.

Neue Staatskontrolle bei Landverkäufen?

Warschau, 6. März. Das Ministerium für Agrarreform hat den Entwurf eines für den ganzen Staat einheitlichen Gesetzes über die Kontrolle von Landverkäufen ausgearbeitet. Der Entwurf bezweckt hauptsächlich, der Entwertung der landwirtschaftlichen Kultur entgegenzutreten und die Zwergwirtschaft zu bekämpfen. Durch das Gesetz soll die Staatskontrolle bei allen Transaktionen eingeführt werden, die dem Kauf und Verkauf von Land dienen.

Die Bestimmungen des Gesetzes sollen so konstruiert werden, daß die Landämter den Kauf und Verkauf von Land nicht erschweren. Dieser Entwurf wird binnen kurzem den Gegenstand der Beratungen einer besonderen interministeriellen Kommission bilden, und nach Vereinheitlichung sämtlicher strittiger Bestimmungen durch diese Kommission geht er an den Ministerrat. In Agrarkreisen weckt dieses Projekt großes Interesse und wird lebhaft kommentiert.

Wenn dieses Gesetz der Entwertung der landwirtschaftlichen Kultur wirklich steuern soll, dann müßte es den gegenwärtigen Agrar-Besitzstand des deutschen Volkstums in Polen garantieren und den Ankauf neuen Landes durch Deutsche begünstigen. Wir fürchten, daß es zu gegenteiligen Absichten mißbraucht wird. Wie wir das schon bei zwei anderen Kontrollgesetzen gleichen Charakters erleben mußten, dem einen das dem Staat im Verkaufsfall das Vorkaufsrecht zuspricht und dem anderen, das jeden Verkauf und Ankauf von einer staatlichen Genehmigung abhängig macht.

Gegen die Umsatzsteuer der freien Berufe.

Namens des Nationalen Klubs brachte dieser Tage der Abg. Lewandowski-Bromberg im Sejm einen Antrag ein auf eine vollständige Befreiung der sogenannten freien Berufe von der Umsatzsteuer. Die freien Berufe wie die Advokaten, die Ärzte, die Zahnärzte usw., hätten bei der Ausübung ihres Gewerbes nichts gemein mit der Industrie, dem Handel oder dem Handwerk. Diese Steuerzahler erheben Gebühren für ihre geistige bzw. physische Tätigkeit, aber nicht für eine von ihnen erzeugte resp. verkaufte Ware.

Vulkanausbruch auf Island.

Kopenhagen, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Mitteilung der isländischen Gesandtschaft ist in Südisland ein Vulkanausbruch erfolgt. Der Ausbruch kann von Nord-Island deutlich beobachtet werden. Menschenleben sind nicht in Gefahr, da die Gegend, in der der Vulkan liegt, unbewohnt ist.

Erdrutsch auf Madeira.

Über 100 Tote.

Paris, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Madeira ereignete sich infolge heftiger Regengüsse ein schwerer Erdrutsch. Zahlreiche Häuser sind unter gewaltigen Erd- und Felsmassen begraben worden. Man befürchtet, daß etwa 100 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Zahl der Verletzten wird noch weit höher sein.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

X. Y. Z. Der Gläubiger war berechtigt, die Annahme des Geldes im Jahre 1921 wo die Inflation schon weit vorgeschritten war, abzulehnen. Daß er die Ablehnung anders begründete, scheint uns von untergeordneter Bedeutung. Nachdem der Gläubiger die Annahme verweigert hatte, brauchte er sich um die ganze Sache nicht weiter zu kümmern und brauchte auch dem Schuldner nicht ein zweites Mal mitzuteilen, daß er das Geld nicht annehme. Den mit der Hinterlegung verbundenen Schaden trägt allein der Schuldner. Verjährung erfolgt erst in 30 Jahren. Aufwertung 10 Prozent = 493,80 Złoty. Da der Gläubiger nach dem anfangs vereinbarten Rückzahlungstermin das Geld weiter stehen ließ, war er, wenn er das Geld später haben wollte, zur Kündigung (drei Monate) verpflichtet. Das ist das Einzige, was gegen den Gläubiger geltend gemacht werden kann. Zinsen können nur für die letzten 4 Jahre nachgefordert werden, und zwar zu dem seinerzeit vereinbarten Satze und von dem umgerechneten Kapitalbetrage. Zinseszinsen kommen nicht in Frage. Ratenzahlungen können nur mit dem Gläubiger vereinbart werden.

„Sohr der Herr." Ein ermäßigter Paß zu Lehr- oder Studienzwecken wird nur dann erteilt, wenn der Nachweis geführt wird, daß eine ebensolche Lehr- oder Studienanstalt in Polen nicht besteht bzw. dieselben Lehrmöglichkeiten hier nicht vorhanden sind. Nichtkenntnis der polnischen Sprache spielt dabei keine Rolle. Vor Erlangung eines solchen ermäßigten Passes ist eine Erlaubnis vom Kultusministerium einzuholen. Der ermäßigte Lehr- oder Studienpaß hat eine Gültigkeitsdauer von längstens 6 Monaten. Nach Ablauf dieser Frist muß wiederum enie entsprechende Erlaubnis vom Kultusministerium eingeholt werden.

„Sol- und Seebad." 1. Das, was Ihnen der Schuldner geboten hat (642,85 Złoty) ist genau das, was Sie an Kapital zu bekommen haben, nämlich 15 Prozent. Sie haben aber auch Anspruch auf Zinsen zum mindesten bis zu dem Zeitpunkt, wo Ihnen der Schuldner das Kapital auszahlen wollte. Die rückständigen Zinsen bis 1. Juli 1924 sind zum Kapital zu schlagen, mit diesem in Złoty umzurechnen und auf 15 Prozent aufzuwerten. Eine genaue Angabe über den Zinsenbetrag ist unsererseits nicht möglich, da wir zwar nachträglich den von Ihnen verabredeten Zinsfuß erfahren haben, aber nicht den genauen Zeitpunkt kennen, bis zu welchem die Zinsen bezahlt worden sind. Die Angabe „seit 1922 keine Zinsen erhalten" ist zu unbestimmt und kann nicht zur Grundlage der Berechnung dienen. Das müssen Sie sich nun selbst ausrechnen. Vom 1. Juli 1924 ab waren die Zinsen von dem Kapital und den bis dahin aufgelaufenen Zinsen zu dem alten Zinssatz zu zahlen. 2. Bezüglich der zweiten Hypothek ist eine Auskunft auch nicht möglich, da wir weder den Zeitpunkt der Entstehung der Hypothek noch den Zinsfuß kennen. (Sie schreiben nur 16. Februar.) Wenn die Forderung auch aus dem Jahre 1919 stammt, dann ist sie verhältnismäßig besser, als die 12 000 Mark aus dem August desselben Jahres, denn die 5000 Mark hatten noch einen Wert von 2500 Złoty, und Sie können dafür 15 Prozent = 375 Złoty fordern. Die Zinsenfrage ist so wie oben angegeben zu behandeln. Eine löschungsfähige Quittung darf nicht mit einem Vorbehalt versehen werden, aber es genügt vollständig, wenn Sie dem Schuldner mündlich oder schriftlich (aber nicht auf der löschungsfähigen Quittung) erklären, daß Sie das Geld nur mit Vorbehalt annehmen.

H. B. Z. Sie können den Nachbar vorher davor warnen, sein Wildwasser auf Ihren Grund und Boden abzuleiten, da Sie ihn für jeden Ihnen dadurch verursachten Schaden voll verantwortlich machen würden. Sie wären zwar zur Vorflut verpflichtet, wenn der höher gelegene Nachbar keine Möglichkeit hat, sein Wildwasser anderweitig loszuwerden, aber diese Vorflut muß vorher zwischen den Beteiligten organisiert werden evtl. durch Anlegung eines Grabens durch Ihr Land usw., wofür nur diejenigen die Kosten zu tragen haben, denen die Anlage Nutzen bringt. Auch das Land, das zu der Anlage auf Ihrem Grund und Boden erforderlich wäre, müßte Ihnen bezahlt werden. Auf keinen Fall kann der Nachbar Ihr Land in so willkürlicher Weise überschwemmen und durch Versandung verderben. Tut er dies, so ist er für den Schaden voll haftbar.

Nr. 1. W. T. Sie werden etwa 60 Prozent = 632,58 Złoty zu bezahlen haben. Selbst wenn der Gläubiger eine volle, d. h. 100prozentige Aufwertung mit Hilfe des Gerichts durchsetzen würde, was nicht sehr wahrscheinlich ist, würden Sie nur 1054,30 Złoty zu bezahlen haben, denn die 7400 Mark vom Dezember 1919 hatten nur diesen Wert.

Y. 1. a) Aufwertung 15 Prozent = 1296,30 Złoty; b) Restkaufgeld von 11 000 Mark: Aufwertung 18¾ Prozent = 1875 Złoty; c) Restkaufgeld 4000 Mark, Aufwertung ebenfalls 18¾ Prozent = 375 Złoty, und d) Restkaufgeld 14 000 Mark, Aufwertung gleichfalls 18¾ Prozent = 84,56 Złoty. 2. a) Restkaufgeld 18 500 Mark, Aufwertung etwa 60 Prozent = 5400 Złoty; b) Gläubiger muß zunächst die Frage der Aufwertung regeln entweder durch Verständigung mit Ihnen über die Höhe der Aufwertung, oder durch eine Entscheidung des Gerichts. Ist diese Frage geregelt, dann ist der Gläubiger zur Kündigung der Hypothek im Einklang mit den hypothekarischen Bedingungen berechtigt. 3. a) Rückständige Zinsen verjähren in 4 Jahren, die Verjährung beginnt am Schlusse des Jahres, in dem die Zinsen fällig waren; b) u. c) Zinseszinsen können beansprucht werden (der gesetzliche Zinsfuß ist 10 Prozent), nur eine vorherige Vereinbarung über Zinseszinsen ist nichtig. 4. a) u. b) Wenn Sie die Hypothek auszahlen wollen, müssen Sie sie vorher ordnungsmäßig kündigen, dann kann der Gläubiger die Annahme nicht verweigern. 5. Änderungen im Grundbuch können nur im Einverständnis der Parteien vorgenommen werden.

„Klodzin." 1 Der Schulze ist verpflichtet, die Bekanntmachungen „in ortsüblicher Weise", d. h. so wie bisher, zu veröffentlichen; er braucht sich also an andere, davon abweichende Wünsche nicht zu kehren. 2. Mag doch der junge Mann bei der Versicherung einen entsprechenden Antrag stellen und ihn eingehend begründen.

D. O., Ortsgruppe Potsdam. Die Aufwertung beträgt etwa 60 Prozent. Sie kann auch höher oder niedriger sein: es hängt dies u. a. davon ab, ob und welche Veränderungen im Werte des belasteten Grundstücks seit Entstehung der Forderung eingetreten sind. Bei 60 Prozent würden es 703,68 Złoty sein. Von den rückständigen Zinsen wird nichts zum Kapital geschlagen; diese gesetzliche Bestimmung bezieht sich nur auf Darlehnshypotheken. Zinsen können nur beansprucht werden, soweit sie nicht verjährt sind. Zinsen verjähren in vier Jahren, die Verjährung beginnt aber erst am Schlusse des Jahres, in dem die Zinsen fällig waren.

„Guben" Sie hätten sich u. E. bei dem Bescheid nicht zu beruhigen brauchen, denn das deutsch-polnische Abkommen vom 5. Juli 1928, das auch heute noch nicht ratifiziert ist, kann unmöglich die heute in Polen gültige Aufwertungsverordnung suspendieren. Es besteht deshalb für Sie kein Grund, die Geltendmachung Ihres Anspruchs bis nach Ratifizierung des genannten Vertrages zu verschieben. Durch die Ratifikation würde sich auch für die vier Gläubiger nichts ändern, sie würden nur soviel verlangen können, wie sie schon jetzt zu beanspruchen haben. Leider müssen wir Ihnen sagen, daß eine etwaige Annahme, das Geld sei sog. Kindergeld und als solches bevorrechtigt, irrig ist. Es handelt sich um eine einfache Darlehnshypothek, für die ein Aufwertungssatz von 15 Prozent vorgesehen ist. Können Sie aber den Nachweis führen, daß der Schuldner sich für dieses Geld Land gekauft hat, so wäre das ein wichtiger Grund, den Aufwertungssatz auf etwa 25 Prozent oder noch mehr zu erhöhen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Butterzoll.

Der auf der letzten Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrates gefaßte Beschluß zur Einführung eines Butterausfuhrzolles sieht — wie die „Gazeta Handlowa" zu melden weiß — einen solchen Zoll in Höhe von 600 Złoty von 100 Kg. reiner oder mit anderen Fetten gemischter Butter vor. Einzelne Institute sollen von der Zollentrichtung befreit werden können. Der Termin der Einführung des Zolles, sowie eine Aufstellung derjenigen Institute, die von der Zollzahlung befreit werden können, werden in einer Verordnung der Ministerien für Finanzen, Landwirtschaft und Industrie bekanntgegeben.

Sofern sich die Meldung hinsichtlich der Höhe des Zolles bestätigt, bedeutet das einen Zoll von etwa 100 Prozent ad valorem.

Die Bilanz der Bank Polski für die dritte Februardekade weist folgenden Stand in Millionen Złoty auf (Zunahme = +, Abnahme = —): Edelmetallvorrat 621,5, Devisen, Valuten und Auslandsguthaben 697,7 (+ 13,9), Wechselportefeuille 660,1 (+ 19,3), Pfanddarlehen 84,4 (+ 1), sofort zahlbare Verpflichtungen 593,4, Banknotenumlauf 1248,7, Deckungsverpflichtung insgesamt 1842,2 (+ 35,2). Die anderen Positionen bleiben unverändert.

Der Goldvorrat der Bank von Polen erfuhr 1928 eine Steigerung um 103,8 Mill. Złoty und betrug ultimo 1928 — 621,1 Mill. Złoty. Durch Aufkäufe im Inlande wurde Gold für 2 Mill. und durch Auslandskäufe für 101,8 Mill. Złoty erworben. Die Goldbestände befinden sich teilweise in den Tresors der Bank (425,7 Mill. Złoty), teilweise in ausländischen Banken, und zwar Federal Reserve Bank, Newyork, 83,8 Mill. Złoty. Bank von England, London 76,5 Mill. Złoty. Bank von Frankreich, Paris, 35,1 Mill. Złoty, insgesamt 195,4 Mill. Złoty. Das in der Bank Polski aufgestapelte Gold setzt sich aus Barren im Werte von 332,7 Mill. und Münzen für 92,9 Mill. Złoty zusammen. Bei den Goldmünzen überwiegen deutsche Mark (für 38,4 Mill. Złoty), russische Rubel (18,5 Mill.) und österreichische Kronen (18,4 Mill. Złoty). Das im Auslande untergebrachte Gold besteht ausschließlich aus Barrengold. Der Silbervorrat der Bank ist durch Verkauf von Silber im Werte von 4,2 Mill. an das staatliche Münzamt gegen Ende 1928 bis auf 0,5 Mill. Złoty zusammengeschrumpft. Für 1,2 Mill. Złoty Silber hat die Bankleitung aus den polnischen Silbergruben bezogen (Silberbergwerk Strzybnicy, Giesche, Katowice und Donnersmarckhütte, Schwientochlowice).

Mobilmachung von Geldern für die Landwirtschaft. In Paris finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die die Gründung einer Zentralbank für die Landwirtschaft zum Zwecke haben. Diese Bank soll in der Hauptsache von ausländischem Kapital finanziert werden, wobei die Obligationen der Landschaftsbanken der einzelnen polnischen Teilgebiete als Sicherheit dienen sollen. Die Posensche Landschaft (Poznańskie Ziemstwo Kredytowe) wird durch ihren Präsidenten Josef Zychlinski vertreten. Die ausländische Gruppe wird von demselben amerikanischen Finanzkonsortium vertreten, das auch die polnische Stabilisierungsanleihe finanzierte (Blair u. Co.). Das Projekt der Statuten der Zentralbank soll in nächster Zeit bestätigt und an die Organisierung der Bank herangegangen werden.

Produktionssteigerung der Kalkbrennereien. Die Produktion der polnischen Kalkbrennereien weist im Jahre 1927 eine geringe Steigerung auf und belief sich bei Kalk für Bauzwecke auf 568 615 Tonnen (gegenüber 462 455 To. im Jahre 1926), bei anderen Kalkprodukten auf 95 199 To. (158 434 To.). Im Vergleich zur Kapazität der polnischen Kalkwerke, die mit dem vollen technischen Apparat der arbeitenden und stilliegenden Betriebe zu erreichen wäre und die mit 1 160 013 To. für 1927 und mit 1 287 617 To. für 1926 angegeben wird, ist die tatsächliche Produktion noch immer sehr gering. Von den 90 polnischen Kalkbrennereien waren im Berichtsjahr nur 76 (gegenüber 91 bzw. 77 im Vorjahr) in Betrieb. Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug 3633 (3246).

Schaffung von Butter- und Eierreserven. In Regierungskreisen besteht bereits seit einiger Zeit die Absicht, in den wichtigsten Konsumzentren Butter- und Eierreserven zu schaffen, um so die Preise dieser Artikel zu regeln und die saisongebundene Preisspanne zu verringern. Wie die „Gazeta Handlowa" erfährt, ist diese Frage bereits gelöst. Das Innenministerium wird in nächster Zeit dem Wirtschaftskomitee des Ministerrates einen Antrag überreichen auf Einrichtung solcher Reserven und Zuteilung von Krediten zu diesem Zwecke. Der vorgesehene Vorrat soll pro Kopf der Bevölkerung 10 Eier und 1 Pfund Butter betragen und in Warschau, Lodz, dem oberschlesischen und Dabrrwaer Kohlenrevier, Krakau, Lemberg, dem Naphthagebiet und Wilna eingerichtet werden. Dieser Vorrat ist lediglich als Interventionsvorrat für einen Zeitraum von 3—4 Monaten gedacht. Die Kosten der Einrichtung einer solchen Reserve, ungerechnet der Investitionskosten für Kühlanlagen, lediglich für den Ankauf und die Lagerung der Ware werden auf etwa 14 Millionen Złoty berechnet. Die Bevölkerung der oben erwähnten Konsumstätten beläuft sich auf etwa 2,8 Millionen. Die Initiatoren der Reserve behaupten, daß die Kosten der Aufbewahrung der Ware während eines halben Jahres 25—30 Prozent ihres Wertes betragen. In anbetracht der Saisonschwankungen des Butter- und Eierpreises von 100 bis 200 Prozent wäre dadurch tatsächlich viel geholfen. — In der Praxis dürfte sich die Angelegenheit jedoch wesentlich anders darstellen.

Die Produktion der Konservenfabriken. Die Produktion der polnischen Konservenfabriken bezifferte sich 1928, amtlichen Angaben zufolge, auf 4951 To. Fruchtkonserven, 2513,7 To. Fruchtsäfte, 2430 To. Gemüsekonserven und 480 To. Fleischkonserven. Es gibt in Polen 41 Konservenfabriken. Davon befinden sich 14 in den südlichen Wojewodschaften, 13 in Posen und Pommerellen, 8 in den zentralen, 3 in den östlichen Wojewodschaften und ebenfalls 3 in Schlesien. Beschäftigt werden je nach der Jahreszeit 1000 bis 1600 Arbeiter.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 7. März auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 6. März. Danzig: Ueberweisung 57,75 bis 57,89, bar 57,78—57,92, Berlin: Ueberweisung Warschau 47,175—47,375, Kattowitz 47,175—47,375, Posen 47,175—47,375, bar gr. 47,00 47,40, kl. 47,975—47,375, Zürich: Ueberweisung 58,35 London: Ueberweisung 43,28, Newyork: Ueberweisung 11,25, Bukarest: Ueberweisung 18,58, Budapest: bar 64,10—64,40, Prag: Ueberweisung 378,50, Mailand: Ueberweisung 214,50.

Warschauer Börse vom 6. März. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 123,79, 124,10 — 123,48, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,28, 358,18 — 356,38, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,27½, 43,38 — 43,17, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Oslo —, Paris 34,83⅞, 34,92½, — 34,75 Prag 26,41½, 26,48 — 26,35, Riga —, Schweiz 171,52, 171,95 — 171,09, Stockholm —, Wien 125,30, 125,61 — 124,99, Italien 46,71, 46,83 — 46,59.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 6. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01 Gd., 25,01½ Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,75 Gd., 57,89 Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,78 Gd., 57,78 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 6. März Geld	In Reichsmark 6. März Brief	In Reichsmark 5. März Geld	In Reichsmark 5. März Brief
	Buenos-Aires 1 Pes.	1.770	1.774	1.769	1.773
—	Kanada . . 1 Dollar	4.183	4.196	4.188	4.196
5.48 %	Japan . . . . 1 Yen.	1.863	1.872	1.367	1.871
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	20.957	20.997	20.95	20.99
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	2.072	2.073	2.072	2.076
4.5 %	London 1 Pfd. Sterl.	20.437	20.476	20.428	20.468
5 %	Newyork . . 1 Dollar	4.2110	4.2130	4.2105	4.2185
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.500	0.502	0.499	0.501
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.296	4.304	—.—	—.—
4.5 %	Amsterdam . 100 Fl.	168.67	168.01	168.60	168.94
10 %	Athen	5.448	5.455	5.44	5.45
4 %	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.42	58.54	58.435	58.555
6 %	Danzig . . 100 Guld.	81.65	81.81	81.66	81.82
7 %	Helsingfors 100 fi. M.	10.592	10.612	10.593	10.613
6 %	Italien . . . 100 Lira	22.045	22.085	22.05	22.09
7 %	Jugoslavien 100 Din.	7.390	7.404	7.389	7.403
5 %	Kopenhagen 100 Kr.	112.23	112.45	112.23	112.45
8 %	Lissabon . 100 Esc.	18.61	18.65	18.62	18.66
5.5 %	Oslo-Christ. 100 Kr.	112.26	112.48	112.25	112.47
3.5 %	Paris . . . . 100 Frc.	16.445	16.485	16.44	16.48
5 %	Prag . . . . . 100 Kr.	12.488	12.488	12.463	12.488
3.5 %	Schweiz . . 100 Frc.	80.975	81.135	80.975	81.135
10 %	Sofia . . . 100 Leva	3.037	3.043	3.037	3.043
5.5 %	Spanien . . 100 Pes.	63.71	63.83	63.86	63.98
4 %	Stockholm . 100 Kr.	112.45	112.67	112.43	112.65
6.5 %	Wien . . . . . 100 Kr.	59.155	59.275	59.155	59.275
7 %	Budapest . . . Pengö	73.375	73.515	73.356	73.505
8 %	Warschau . . 100 Zl.	47.175	47.375	47.15	47.35

Züricher Börse vom 6. März. (Amtlich.) Warschau 58,35, Newyork 5,20, London 25,23, Paris 20,30¾, Wien 73,08, Prag 15,40, Italien 27,23, Belgien 72,17½, Budapest 90,65½, Helsingfors 13,10, Sofia 3,75½, Holland 208,27½, Oslo 138,67½, Kopenhagen 138,65, Stockholm 138,90, Spanien 78,50, Buenos Aires 2,18¾, Tokio 2,32, Rio de Janeiro —, Bukarest 3,09, Athen 6,73½, Berlin 123,36, Belgrad 9,12¾, Konstantinopel 2,55½, Got. codz. — %, Priv.-Dist. 5 %, Tägl. Geld — %.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,10 Zl., 100 Schweizer Franken 170,83 Zl., 100 franz. Franken 34,70 Zl., 100 deutsche Mark 210,74 Zl., 100 Danziger Gulden 172,34 Zl., tschech. Krone 26,31 Zl., österr. Schilling 124,80 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 6. März. Festverzinsliche Werte Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 65,50 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 93,00 B. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Zl.) 48,00 G. Notierungen je Stück: 5prozentige Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 94,00 G. 4prozentige Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-Złoty) 114,00 +. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Bank Zw. Sp. Zar. 85,00 B. Goplana 15,00 B. Piechcin 48,00 +. Sp. Stolarska 76,00 G. Tri 160,00 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 6. März. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	45.50—46.50	Sonnenblumenkuch.	49.00—51.00
Roggen	33.75—34.25	Soyaschrot	49.00—51.00
Mahlgerste	32.25—33.25	Kartoffelflocken . .	30.25
Braugerste	33.50—35.50	Leinkuchen . . .	52.00—53.00
Hafer	33.25—34.25	Serradella	55.00—60.00
Roggenmehl (65%) .	—.—	Blaue Lupinen . .	25.00—26.00
Roggenmehl (70%) .	48.75	Gelbe Lupinen . .	29.00—31.00
Weizenmehl (65%) .	64.00—68.00	Klee (roter) . .	160.00—200.00
Weizenkleie . . .	26.50—27.50	Klee (weißer) . .	170.00—270.00
Rapskuchen . . .	43.00—44.00	Klee (schwed.) . .	360.00—410.00
Roggenkleie . . .	—.—	Roggenstroh, lose	4.75— 5.25
Sommerwicke . . .	41.00—43.00	Roggenstroh, gepr.	6.75— 7.25
Peluschken	39.00—41.00	Heu, lose	14.00—15.50
Felderbsen	44.00—47.00	über Notiz	15.50—17.00
Viktoriaerbsen . .	62.00—67.00	Heu, gepr., üb. Notiz	17.00—19.00
Folgererbsen . . .	53.00—58.00	Gesamttendenz: ruhig.	

Getreide und Futtermittel. Kattowitz, 6. März. Preise für 100 Kg.: Weizen für Inland 45,50—46,50, Roggen für Inland 36—38, für Export 40,50—41,50, Hafer Inland 36—37, für Export 40,50—41,50, Gerste für Inland 39—40, für Export 40—41, Leinkuchen franko Station des Abnehmers 53—54, Sonnenblumenkuchen 51—53, Weizenmehl 29—30, Roggenmehl 28—29, loses Stroh 9,50 bis 10,50, loses Heu 27—28. Tendenz ruhig.

Futterpreise im deutsch-polnischen Verkehr. Man zahlte für 100 Kg. franko Grenze Zbunn, Rawicz, Lissa, Beuthen mit Sack transitiv bei laufender Zustellung in Dollar: Rotklee, neu, ohne Flachsseide 23—24, Weißklee, neu, ohne Flachsseide 29, Schwedenklee, neu, ohne Flachsseide 45, gesunder Raps, trocken 10, blauer Mohn, trocken 15—15,25, Viktoriaerbsen, prima 9—9,10, grüne Erbsen, trocken 7,75, weiße Bohnen 16, trockene Wicke 5,25, trockene Peluschken 5,15—5,20, blaue Lupinen, gesund und trocken 3,25, gelbe 3,30. Wegen erschwerter Zufuhr Tendenz steigend. Für weiße Bohnen Tendenz fest, schwaches Angebot in Wicke, Peluschken und Lupinen.

Künstlicher Dünger. Bielitz, 6. März. Inländisches Pottaschesalz, 25proz. 15 Złoty, ausländisches, 42proz. 27,50 Złoty, Kainit 10 To. loko Grube, lose 380, Thomasschlacke, 17proz. 18, schwefelhaltiges Ammon, 21proz. 48, landwirtschaftlicher Kalk (Staub) 10 To. loko Kalkbruch, lose 140; sofern nicht anders angegeben, verstehen sich die Preise für 100 Kg. einschließlich Verpackung loko Lager Bielitz.

Berliner Produktenbericht vom 6. März. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 219—222, März —,—, Mai —,—, Juli —,—. Roggen märk. 202—205, März —, Mai —,—, Juli —,—. Braugerste 218—230. Futter u. Industriegerste 192 bis 202. Hafer märk. 199—205, März —,—, Mai —,—, Juli —,—. Mais waggonfrei ab Hamburg 249 bis 250.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 26,50—30,00, Roggenmehl 27,25—29,40, Weizenkleie 15,50—15,75, Weizenkleiemelasse 15,10—15,20, Roggenkleie 14,65—14,75. Viktoriaerbsen 43—49. Kleine Speiseerbsen 27—33. Futtererbsen 21,00—23,00. Peluschken 24,00—26,00. Ackerbohnen 21 bis 23. Wicken 27—29,00. Lupinen, blaue 16,00—17,00. Lupinen, gelbe 23,50—24,00. Serradella, neue 48—53. Rapskuchen 20,40—20,60. Leinkuchen 25,40—25,60. Trockenschnitzel 14,60—14,90. Soyaschrot 23,30 bis 23,50. Kartoffelflocken 21,00—21,50.

Materialienmarkt.

Wolle. Bromberg, 5. März. Großhandelspreise loko Bromberg für 50 Kg. in Dollar: schmutzige Einheitswolle „Merino" 29—31, schmutzige Sammelwolle 25—27.

Berliner Metallbörse vom 6. März. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 185,25. Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 194, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 79—84. Feinsilber für 1 Kilogr. fein 77,25—78,75.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. März.

Krakau + —, Zawichost + 0,90, Warschau + 1,12, Plock + 0,68, Thorn + 1,12, Fordon + 0,51, Culm + 1,13, Graudenz + 1,12, Kurzebrak + 0,33, Pickel + 0,26, Dirschau + 0,53, Einlage + 1,96, Schiewenhorst + 2,20.

Der gute Wille.

Am Freitag, dem 1. März, hat neben dem **Deutschen** parlamentarischen Klub auch der Klub der PPS ein Projekt eines Gesetzes über das Schulwesen für nationale Minderheiten im Sejm eingebracht. Das Projekt betrifft das deutsche, ukrainische, weißrussische und litauische Schulwesen in Polen. Es wurde von der Bildungskommission der parlamentarischen Vereinigung der PPS unter dem Vorsitz des Senators Kopczyński und unter Teilnahme des Abg. E. Zerbe von der Deutschen sozialistischen Arbeitspartei in Polen ausgearbeitet. Redigierender Referent des Projektes ist der Fachmann der PPS für Schulangelegenheiten, Abg. Próchnik. Die PPS. beabsichtigt, demnächst auch ein besonderes Projekt eines Schulgesetzes für die jüdische Minderheit einzubringen. Der „Robotnik" veröffentlicht in der Nummer vom 3. d. M. den Wortlaut des die Deutschen betreffenden Gesetzesprojektes, das aus 42 Artikeln besteht.

Aus Anlaß der Einbringung des Gesetzesprojektes schreibt der „Robotnik": „Es wird dies keine Übertreibung sein, wenn wir feststellen werden, daß wir auf diese Weise eine Angelegenheit berührt haben, die unter den Problemen des zeitgenössischen polnischen Lebens eine erstrangige Rolle spielt ... **Ein Staat, der ringsum von mächtigen Nachbarn umgeben ist und in seinem Schoße über 30 Prozent nationaler Minderheiten hat, Minderheiten, die in manchen Wojewodschaften die überwiegende Mehrheit bilden, muß eine unerhörte Aufmerksamkeit dem Problem der Gestaltung der Bedingungen des Zusammenlebens dieser Völker mit uns in einem staatlichen Organismus zuwenden."** Weiter wird die falsche Idee von der „Ewigkeit" der Nationalitätenkämpfe widerlegt und betont, daß die Geschichte keine unlösbaren Probleme kennt. Auch das Nationalitätenproblem auf gemischten Gebieten muß gelöst werden. Polen ist bedeutend weniger als ein anderer Staat imstande, sich der Bemühung um diese Lösung zu entziehen. **Das Jahrzehnt des Bestandes Polens ist ein Jahrzehnt der Vernachlässigung, ein Jahrzehnt falscher Maßnahmen, der Passivität und Ratlosigkeit auf diesem Gebiete.** Seinerzeit ist die PPS mit der Konzeption einer territorial-nationalen Autonomie hervorgetreten. **„Der Nationalismus und der Mangel an Verständnis für den Ernst der Sache haben einander die Hand gereicht, um diese Initiative zu nichte zu machen ...** Während man diese autonomistische Konzeption zu Falle brachte, vermochte man ihr nichts Konkretes entgegenzustellen. **Es wurde keine Theorie der Lösung dieser Frage geschaffen, die Praxis aber war schauerlich. Die einander abwechselnden Regierungen haben die Politik auf diesem Gebiete nicht geändert."**

Des weiteren wird die Schädlichkeit der Einführung des utraquistischen Grundsatzes in das Minderheitenschulwesen dargelegt. Das führende sozialistische Blatt weist darauf hin, daß die PPS, ohne auf den Kampf um die territorial-nationale Autonomie zu verzichten, vorläufig mit einer Initiative hervortritt, die sich nur auf eine Seite des Problems: die Schulfrage bezieht. Das Schulgesetz ist dazu bestimmt, eine allgemeine nationale Autonomie vorzubereiten. Das Projekt stützt sich auf folgende leitende Ideen: „Das erste und oberste Prinzip (des Projektes) ... ist **die volle Gleichberechtigung, die Ablehnung jedes Schulvorrechtes für irgendeine Nationalität.** — — Die zweite Grundlage (des Projektes) ist **das Prinzip der nationalen Schule jedes Typs und jeden Grades für jede Nationalität. Die Schule, mit der Muttersprache als Unterrichtssprache, die in ihrem Programme die eigentümlichen Merkmale der Kultur der betreffenden Nation berücksichtigt, ist ein begründetes Recht"** ... „Wir glauben ebenfalls, daß jede Nation auf die Entwicklung ihrer Schule Einfluß haben soll. Daraus ergibt sich das Prinzip einer gesonderten Schulverwaltung und einer besonderen nationalen Schulautonomie, die wir im vollen Maße in unserem Projekte berücksichtigt haben." Bei der Abfassung des Projektes waren die Initiatoren außerdem bemüht, die berechtigten nationalen Postulate mit den berechtigten allgemeinen Schulpostulaten in Einklang zu bringen.

Entziehung der Unterrichtserlaubnis
für deutsche Lehrer.

Antrag

des Abg. Utta vom Deutschen Parlamentarischen Klub und anderer Abgeordneten betreffend die Erschwerung einer normalen Arbeit in den deutschen Privatschulen und ihrer Entwicklung durch massenweise unbegründete Verweigerung der Unterrichtserlaubnis den in diesen Schulen tätigen deutschen Lehrern.

Die Schulbehörden 2. Instanz erteilen den deutschen Lehrern die Unterrichtserlaubnis für die privaten deutschen Schulen grundsätzlich nur für ein Jahr. Die Anträge der Schulvorstände auf Bestätigung des Lehrerpersonals werden in den meisten Fällen erst in den Sommerferien, oft sogar in den letzten Tagen vor Beginn des neuen Schuljahres beantwortet. Wird solcher Antrag günstig erledigt, was bei Anträgen der polnischen Schulen gewöhnlich der Fall ist, so hat das für die Schule keine üblen Folgen, wird dagegen solcher Antrag ganz oder teilweise abgelehnt, so hat der Vorstand der Schule keine Möglichkeit, in den Sommerferien, während die meisten Lehrer verreist sind, entsprechenden Ersatz für die nichtbestätigten Lehrer zu finden. Um so schwerer ist dies, wenn die Absage erst kurz vor Beginn des neuen Schuljahres eintrifft. Der normale Unterricht in der Schule wird dadurch gestört, das Ansehen der Schule wird herabgesetzt, die Erledigung des vorgeschriebenen Pensums unmöglich gemacht, so daß die Schule immer mehr sinkt, bis sie zuletzt zugrunde gehen muß.

Andererseits bedeutet die unbegründete Entziehung der Unterrichtserlaubnis den Lehrern deutscher Nationalität **eine krasse Verletzung des Art. 117 unserer Verfassung.** Solche Behandlung der deutschen Lehrer in den privaten Schulen nimmt die Lust zur Arbeit und erfüllt sie mit einer sie in der Arbeit störenden Unruhe und Sorge um die Zukunft. Der **deutsche Lehrer wird unter den jetzigen Verhältnissen fortwährend von der Befürchtung beunruhigt, daß er jeden Tag auf Grund irgendeiner böswilligen Denunziation** oder eines irrtümlichen Berichtes der politischen **Behörde seinen Beruf verlieren und mit seiner Familie in die größte Not gestürzt werden kann.** Die Gehälter der Lehrer sind zu klein, als daß sie sich einige Ersparnisse leisten könnten, und einen anderen Beruf zu finden ist unter den heutigen Verhältnissen einem älteren Lehrer unmöglich. Zur Begründung des Obengesagten will ich nur einen Fall aus der allerneuesten Zeit anführen.

Im Juli des verflossenen Jahres setzte das Lodzer Schulkuratorium den Vorstand des Deutschen Gymnasialvereins in Lodz davon in Kenntnis, daß 6 Lehrern dieser Schule die Unterrichtserlaubnis entzogen wurde. Diese Entscheidung wurde den interessierten Lehrern erst dann mitgeteilt, als der Schulkurator und die maßgebenden Visitatoren ihren Erholungsurlaub angetreten hatten. Die gegen diese Anordnung eingereichte Beschwerde wurde von untergeordneten Beamten ohne jede Nachprüfung der Gründe abschlägig erledigt, die Antwort aber wurde erst in den letzten Tagen vor Beginn des neuen Schuljahres bekanntgegeben. Am Anfang des Schuljahres blieb die Schule ohne Lehrer, die Lehrer aber ohne Beschäftigung.

Unter den nichtbestätigten Lehrern befinden sich ein im Amte stehender Geistlicher, ein Arzt und 4 ältere Lehrer, von denen einer 22 und der andere 18 Jahre in dieser Schule tätig waren. Nur eine Lehrkraft besaß nicht die vorgeschriebene Lehrbefähigung, aber auf Grund der unlängst vom Sejm beschlossenen Novelle hätte auch diese in ihrem Amte verbleiben können.

Sowohl der Vorstand der Schule als auch die ganze deutsche Gesellschaft in Lodz, am meisten aber die Lehrerschaft, die doch die geschädigten Lehrer als tüchtige Lehrkräfte und makellose Bürger kannten, wurden durch die Anordnungen des Schulkuratoriums tief beunruhigt. Dies um so mehr, da die Schulbehörden mit ihrer Arbeit stets zufrieden waren, von einigen äußerte man sich sogar wiederholt mit großer Anerkennung. Daher wurden Schritte unternommen, um das der Schule und den Lehrern zugefügte Unrecht wieder gutzumachen. Sowohl der Schulkurator wie auch der Stadtstarost versicherten die geschädigten Lehrer, den Vorstand der Schule und die Delegationen des Lehrerverbandes und der Lehrerschaft, daß sie den entlassenen Lehrern nichts vorzuwerfen haben und weigerten sich, den Grund ihrer Maßnahmen anzugeben.

Angesichts dessen wandten sich die interessierten Lehrer und eine aus Vertretern des Vorstandes, des Lehrervereins und der Elternschaft bestehende Delegation an den Unterrichtsminister und ersuchte ihn, die geschädigten Lehrer wieder in ihre Rechte einzusetzen oder aber den Grund der

Der Minderheitenschul-Gesetzentwurf der P. P. S.

Der Lodzer Abgeordnete Emil Zerbe, der als Deutscher auf der Liste der PPS in den Sejm gewählt wurde, macht über den sozialistischen Gesetzentwurf die nachstehenden — der „Lodzer Volkszeitung" entnommenen Angaben. Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs wird zu den einzelnen Bestimmungen noch viel zu sagen sein. Sie sind keineswegs überall glücklich. Vor allem halten wir die Art der Bildung der Selbstverwaltungsorgane des Minderheitenschulwesens, sofern sie nicht durch die freie Wahl der Schuleltern geschieht, für durchaus verfehlt. Erfreulich an diesem Entwurf, der gegenüber dem deutschen recht unklar und allzu kompliziert erscheint, ist vor allem die Aufnahme der Bestimmung, **daß das Bekenntnis maßgebend für die Bestimmung einer Minderheit sei** und daß dieses Bekenntnis weder nachgeprüft, noch bestritten werden darf.

Nach dieser kurzen Anmerkung lassen wir den Bericht des Abg. Zerbe folgen:

Der Gesetzentwurf über das Schulwesen für die nationalen Minderheiten, den die sozialistischen Abgeordneten am 1. März d. J. im Sejm eingereicht haben, hat zum Ziele die Festlegung der Grundsätze der Schulordnung, die den nationalen Minderheiten die vollkommene und freie Entwicklung ihrer Kultur und der nationalen Eigentümlichkeiten sichert. Die Bestimmungen des Entwurfes betreffen das Schulwesen der deutschen, ukrainischen, weißrussischen und litauischen Minoritäten. Die Regelung des Schulwesens für die Juden konnte wegen der Zweisprachigkeit dieser Minderheit (jüdisch und hebräisch) in ihren Details im Entwurf nicht aufgenommen werden. Sie ist deshalb, wie ausdrücklich vermerkt wurde, einer besonderen gesetzlichen Regelung überlassen worden.

Das gesamte Minderheitenschulwesen ist staatlich. Private Schulen können auf Grund der verpflichtenden gesetzlichen Bestimmungen gegründet werden. Sie unterliegen denjenigen Schulorganen, die für die staatlichen Schulen derselben Nationalität geschaffen wurden.

Die Unterrichtssprache der Schulen für die nationalen Minderheiten ist die Muttersprache der Schulkinder. Auch die Sprache im inneren und im Verkehr mit den Behörden der Schule ist die Sprache der entsprechenden Nationalität, für deren Kinder die Schule bestimmt ist. In den Volks- und Mittelschulen (allgemeinbildenden oder beruflichen, staatlichen oder privaten), in denen die Unterrichtssprache nicht polnisch ist, sind Pflichtfächer, die polnisch unterrichtet werden müssen: die polnische Sprache, Geschichte Polens und Geographie Polens. Dagegen wird in den Gebieten, wo die nationalen Minderheiten einen bedeutenden Prozentsatz der Einwohner bilden, in den Schulen mit polnischer Unterrichtssprache die Sprache der betreffenden Minderheit als Pflichtfach eingeführt. Der Unterricht der zweiten Sprache darf aber in obigen Fällen nicht früher als im dritten Schuljahre begonnen werden.

Die Schulangelegenheiten der nationalen Minderheiten werden von Unterstaatssekretariaten beim Ministerium für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Aufklärung geleitet, die für eine jede Minderheit gesondert bestehen sollen. In den Kuratorien der Schulbezirke werden besondere Abteilungen mit eigenen Visitatoren für das Schulwesen einer jeden Minderheit eingerichtet. Überall dort, wo in einem Kreise das Schulwesen einer Nationalität 25 Prozent des allgemeinen Schulwesens in bezug auf die Schülerzahl darstellt, unterliegen diese Schulen einem besonderen Schulinspektor. Sollte der Prozentsatz niedriger als 25 ausmachen, so können diese Schulen dem Nachbarkreise angegliedert werden oder sie unterliegen besonderen Inspektoren bei dem Kuratorium.

Für das Schulwesen einer jeden Minderheit werden besondere Selbstverwaltungsorgane aller Stufen, die den allgemeinen Schulbestimmungen entsprechen müssen, gebildet. Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, die von seiten der Schul- und Kirchenbehörden nominiert, von den territorialen Selbstverwaltungen gewählt oder kooptiert werden müssen, müssen derjenigen Nationalität angehören, für die das Selbstverwaltungsorgan berufen ist. Die Delegierten der Lehrerschaft sind durch die Lehrer der betreffenden Minderheitenschulen zu bestimmen.

Die Schulorgane der Kreise bzw. der Städte und der Bezirke bilden sich bei den betreffenden Inspektoren oder Kuratoren, die auch die Aufsicht über die Minderheitenschulen ausüben. Die Kompetenzen der Schulorgane der nationalen Minderheiten entsprechen den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Die Unterstaatssekretäre, die Abteilungsleiter und Visitatoren bei den Kuratorien sowie die Inspektoren für die Schulen der Minderheiten müssen zu der betreffenden Nationalität gehören.

Die Ausarbeitung und Festlegung der Lehrpläne und der Schulprogramme für die Minderheitenschulen erfolgt durch spezielle Programmkommissionen, die das Unterrichtsministerium für die Schulen einer jeden Nation beruft. Die Mitglieder dieser Kommissionen ernennt der Minister, wobei aber die Mehrheit der Mitglieder in einer jeden Kommission aus Kandidaten, die durch die Bildungsinstitutionen der betreffenden Nationalität vorzuschlagen sind, bestehen muß.

Das Schulnetz wird nach den allgemeinen Grundsätzen über Schulnetze für eine jede Nationalität besonders gebildet. Die Grundlage für die Bildung des Schulnetzes ist die Schulmatrikel, die auch eine Rubrik über die Nationalität des Kindes aufzuweisen hat. Die Ausstellung der Schulmatrikel hat durch die Organe der territorialen Selbstverwaltungen zu erfolgen. Die Kartothek muß nach den Jahrgängen und im Bereich dieser nach den Nationalitäten geordnet sein. **Die Angabe über die Nationalität des Kindes, die durch die Eltern oder Vormünder erfolgt, darf weder nachgeprüft noch bestritten werden.** Die Bildung der Schulnetze ist Aufgabe der Schulorgane des Kreises. Die entsprechenden Entwürfe unterliegen der Bestätigung durch das Schulorgan des Bezirkes. Sofern es in einem Kreise nicht möglich ist, für eine Nationalität infolge der Kinderzahl, die geringer ist, als die allgemeinen Bestimmungen über das Schulnetz (zurzeit 40 Schulkinder im Schulbezirke von 3 Kilometer) vorsehen, ein eigenes Schulnetz zu bilden, so werden die Schulkinder in das bereits bestehende Schulnetz einbezogen.

Die Errichtung einer neuen Minderheitenschule in einem Schulkreise, in dem die Zahl der Schulkinder dieser Nationalität nicht um 50 Prozent größer ist, als das gesetzlich erforderliche Minimum, erfolgt dann, wenn im Laufe von drei aufeinander folgenden Jahren diese Zahl nicht kleiner wird.

Die Liquidierung einer Volksschule infolge der kleinen Kinderzahl kann erst dann erfolgen, wenn die Zahl der schulpflichtigen Kinder in diesem Schulkreise im Laufe von drei aufeinanderfolgenden Jahren nicht das erforderliche Minimum erreicht hat. Dem Unterrichsministerium steht aber das Recht zu, Schulen zu errichten und zu erhalten in den Schulkreisen, in denen die Schulkinder für das Minimum nicht vorhanden sind. Die Errichtung einer Schule von höherer Organisationsform kann auch durch Zusammenlegung zweier Schulen mit verschiedener Unterrichtssprache erfolgen, wenn dies von den Selbstverwaltungsorganen der beiden Nationen übereinstimmend beschlossen wurde. Hierbei müssen aber mindestens die vier ersten Schulklassen für jede Nationalität in der Muttersprache der Kinder geführt werden. Wenn aber eines dieser Selbstverwaltungsorgane die Trennung der zusammengelegten Schulen beschließt, so muß dies erfolgen, wenn hierbei die Organisationsform nicht leidet.

Die staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Mittelschulen sowie die Lehrerseminare werden ausschließlich nur in der Muttersprache der Schüler errichtet. Für die Gesamtzahl der Mittelschulen für die Schüler einer jeden Nationalität ist die Zahl der für sie erhaltenen siebenklassigen Volksschulen maßgebend (eine ganz unmögliche Bestimmung, da es bei zerstreut siedelnden Minderheiten nur in den seltensten Fällen zu einer siebenklassigen Volksschule kommen dürfte. D. R.), dagegen wird die Gesamtzahl der Lehrerseminare durch die Zahl der schulpflichtigen Volksschulkinder bestimmt. Es können aber auch bei unüberwindbaren Schwierigkeiten Parallelklassen für jede Nationalität eingerichtet werden.

Für die ukrainische Minderheit wird eine ukrainische Universität mit dem Sitz in Lemberg errichtet. Die Eröffnung erfolgt im Schuljahre 1930/31. Die Unterrichtssprache ist die ukrainische. Diese Universität besitzt dieselben Rechte, wie die anderen staatlichen Hochschulen. Die Errichtung anderer Hochschulen für die nationalen Minderheiten hat auf dem Wege besonderer Gesetze zu erfolgen.

Spätestens in drei Monaten nach Inkrafttretung des Gesetzentwurfs erfolgt im ganzen Bereiche des polnischen Staates die Registrierung aller schulpflichtigen Kinder sowie die Bildung der Kreis- und Bezirksverwaltungen im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes. Der Gesetzentwurf tritt nach Annahme durch Sejm und Senat und vom Tage der Veröffentlichung im Gesetzblatt in Kraft.

Entziehung der Unterrichtserlaubnis anzugeben. Dem Minister wurde eine größere Anzahl von Bescheinigungen vorgelegt. Es seien hier einige Auszüge aus diesen Bescheinigungen erwähnt.

1. Der Vorstand des Gymnasialvereins schreibt in einer Bescheinigung: „Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr . . . während seiner 18jährigen Tätigkeit in unserem Gymnasium seine Lehrerpflichten sehr gewissenhaft und zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt hat. Von seiten der Schulbehörde hörten wir keinen einzigen Tadel; im Gegenteil, man hat sich wiederholt über seine Arbeit anerkennend geäußert. Von seiten der Eltern unserer Schüler hörten wir ebenfalls keine Klagen. Der Vorstand der Schule kann Herrn T. wegen seiner Tätigkeit in der Schule, insbesondere was die Erziehung der Schüler im Geiste der Loyalität und Anhänglichkeit betrifft, auch nicht den geringsten Vorwurf machen.

2. Das Lehrerkollegium der Schule, in dessen Mitte sich auch Lehrer polnischer Nationalität befinden, stellte seinen Kollegen ein gutes Zeugnis aus, in welchem festgestellt wird, daß sich diese Lehrer keine unloyale Handlung gegenüber dem Staat erlaubt und ihre Pflichten als Lehrer stets gewissenhaft erfüllt haben.

3. Der Vorstand des Lehrervereins schreibt in seiner Bescheinigung vom 18. Oktober 1928 u. a. folgendes: „Herr . . . hat sich durch seine hohe Intelligenz, sein taktvolles Benehmen und seine edlen Charaktereigenschaften das größte Vertrauen und die höchste Achtung der Lehrerschaft erworben. Während seiner Tätigkeit im Verein ließ er sich stets ausschließlich von Rücksichten auf das Wohl des Staates, unseres Schulwesens und der Lehrerschaft leiten.“

4. Herr Konsistorialrat Pastor Dietrich bescheinigt u. a., daß ihm Herr T. seit vielen Jahren bekannt ist, und daß er sich in der Stadt als Pädagoge und Bürger des besten Rufes erfreut.

5. Das Gemeindeamt in Widzew, Kreis Lodz, bescheinigt in seinem Schreiben vom 19. Oktober 1928 Nr. 3176, **daß Herr T. vor dem Kriege den polnischen Kindern außerhalb des Programms Polnisch und Geschichte Polens erteilt hat,** woraus zu ersehen ist, daß er nie dem Polentum gegenüber unfreundlich gesinnt war.

6. Ein in Lodz bekannter polnischer Arzt stellt fest, daß er Herrn G. vier Jahre als einen arbeitsamen tüchtigen Menschen und guten Bürger des polnischen Staates kennt.

7. Ein polnischer Industrieller stellt demselben Lehrer das Zeugnis aus, daß er ihn als einen durchaus loyalen und guten Staatsbürger, der sich nur seinem Berufe widmet, empfehlen kann.

8. Zuletzt wurde dem Minister durch eine Delegation der Eltern ein Gesuch unterbreitet, welches von den angesehensten Bürgern der Stadt Lodz unterzeichnet wurde, und in welchem es u. a. hieß: „Während ihrer langjährigen Tätigkeit an der Schule haben sich diese Herren durch ihre außerordentliche Begabung, ihre Gewissenhaftigkeit bei der Arbeit, ihr taktvolles Benehmen und gute Charaktereigenschaften die allgemeine Hochachtung der hiesigen Gesellschaft erworben.“

Trotz alledem hat das Ministerium die Anordnung des Kuratoriums nicht zurückgezogen.

Angesichts dessen beantragen die Unterzeichneten:

Das Hohe Haus wolle beschließen folgende Resolutionen:

1. Der Sejm fordert die Regierung auf, im Laufe von zwei Monaten dem Sejm das Projekt eines **Gesetzes über die Dienstverhältnisse der Privatschullehrer** vorzulegen.
2. Der Sejm fordert die Regierung auf: a) bis zur Annahme des in der Resolution 1 genannten Gesetzes den Lehrern der privaten Schulen, die die vorgeschriebene Lehrbefähigung besitzen, die **Unterrichtserlaubnis für eine unbeschränkte Zeit** zu erteilen, von der beabsichtigten Ablehnung der Unterrichtserlaubnis an neuangestellte Lehrer oder Entziehung einer solchen den sich im Amte befindenden Lehrern sind die Interessierten **unter genauer Angabe von Gründen drei Monate vor Beginn des neuen Schuljahres** in Kenntnis zu setzen, b) den Lehrern des Deutschen Gymnasiums, denen die Unterrichtserlaubnis entzogen wurde, dieselbe wieder zu erteilen.

Warschau, den 4. März 1929.

Die Antragsteller.

Erklärung des holländischen Ministerpräsidenten.

Amsterdam, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der Dienstag-Nachmittagssitzung der zweiten Kammer des Parlaments hat **Ministerpräsident de Geer** unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses eine **Regierungserklärung** abgegeben, in der es heißt:

Mit Rücksicht auf die bedauernswerten Ereignisse der letzten zehn Tage, die die Beziehungen der Völker zu stören drohten, wünscht die Regierung eine Erklärung abzugeben, und vor allem die Rolle klarzustellen, die sie dabei gespielt hat. Ich habe zum ersten Male am Freitag, dem 22. Februar, abends, von der Angelegenheit Kenntnis erhalten, als mir der Außenminister mitteilte, daß nach ihm zugegangenen Mitteilungen am kommenden Abend ein Aufsehen erregender Artikel im „Utrechtsch Dagblad“ erscheinen sollte. Da der Außenminister am nächsten Morgen zur Besichtigung der niederländischen Kunstausstellung nach London fahren mußte, wollte er mich darauf vorbereiten.

Das Schriftstück wurde eine Woche vorher durch Herrn von Beuningen-Rotterdam dem Sekretär des Departements unter Zurücklassung einer Kopie gezeigt. Diese Kopie hat der Außenminister gesehen und sie Sachverständigen zur Prüfung übergeben. Vor dem Erhalt des Ergebnisses hatte er keine Veranlassung, der Angelegenheit weitere Beachtung zu schenken. Am nächsten Tage wurde dem Außenminister vom „Handelsblad“ mitgeteilt, daß ihm das Schriftstück angeboten, aber zurückgewiesen worden sei. Am gleichen Tage vernahm der Außenminister, daß es am nächsten Abend im „Utrechtsche Dagblad“ erscheinen sollte. Der Außenminister und ich haben diese Veröffentlichung in hohem Maße bedauert. Wir waren überzeugt, daß ein Eingreifen die Veröffentlichung nicht verhindert haben würde.

Das einzige, was wir tun konnten, war, den ausländischen Regierungen sofort Gelegenheit zu einer amtlichen Erklärung zu geben, um so die Wirkung der Veröffentlichung unschädlich zu machen. Eine unfreundliche Absicht dabei war ganz ausgeschlossen. Dies ging auch aus der Tatsache hervor, daß, obwohl die Bitte nur an die beiden Regierungen versandt wurde, deren Generalstäbe verhandelt haben sollen, die englische Regierung, die ebenfalls erwähnt war, aus eigenem Antrieb der holländischen Regierung eine Erklärung übergab, die man von den beiden anderen Ländern verlangt hatte. Die Regierung hat sich mit der Angelegenheit nicht mehr befaßt, abgesehen von einer eingehenden Untersuchung, die vom Justizminister über die Veröffentlichung eingeleitet wurde. Die Regierung ist überzeugt, daß Holland von keiner Nation Gefahr drohe, und spricht den Wunsch aus, daß diese Tage bald vergessen seien und das holländische Volk mehr als je danach trachten wird, alle Ursachen eines internationalen Mißtrauens zu verbannen und in alter Freundschaft mit den anderen Völkern am Frieden und an der Wohlfahrt mitzuarbeiten.

Diese Erklärung wurde von der Kammer mit großem Beifall aufgenommen.

Wie gelogen wird.

Der „Kurjer Poznański“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 2. März vier Depeschen aus Paris, Brüssel und Berlin, in denen mitgeteilt wird: Der belgische Gesandte im Haag hätte im Auftrage seiner Regierung die holländische Regierung ersucht, über die Echtheit der kürzlich von einem holländischen Blatte **veröffentlichten Dokumente eine** Untersuchung anzustellen; eine solche Untersuchung würde gleichzeitig auch auf belgischer Seite erfolgen. Der deutsche Gesandte in Brüssel hätte den Außenminister Hymans über die beregten Dokumente befragt, und endlich, die deutschen Gesandten in London und Paris hätten aus gleichem Anlaß Unterredungen mit den resp. Außenministern gehabt. Der Inhalt dieser Besprechungen läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die Befragten, was man schon vorher wußte, die Echtheit der Dokumente bestritten hätten. Das ist alles.

Eine solche Mitteilung größeren Umfanges muß natürlich, wenn sie auch inhaltlich mager ist, eine Überschrift haben, die sich dem Inhalt möglichst anpassen soll. Diese Überschrift hätte nach Lage der Sache wohl am treffendsten lauten können: Deutschland stellt Fragen in Brüssel, Paris und London. Der „Kurjer Pozn.“ zieht es vor, die harmlose Mitteilung mit der Überschrift zu versehen: **„Unerhörte deutsche Intrige gegen die Alliierten“** und die Meldung über die Anfragen der resp. deutschen Gesandten in Paris und London versieht er noch mit der besonderen Überschrift „Deutschland interveniert“.

So wird das Publikum belogen, und namentlich die Allzuvielen, die aus Zeitmangel oder Bequemlichkeit in den Zeitungen nur die Überschriften lesen. Und so wird die Befriedung im Osten, für die angeblich die polnischen Nationaldemokraten schwärmen, in den nationaldemokratischen Blättern propagiert.

In den Utrechter Dokumenten war Deutschland als derjenige Staat bezeichnet, gegen den sich die französisch-belgisch-englischen Angriffspläne richten sollten. Der „Kur. Pozn.“ dichtet den Sachverhalt kühn um in eine deutsche Intrige gegen die Alliierten. Wenn das ein Einzelfall wäre, so könnte man ihn als eine Entgleisung laufen lassen, aber es handelt sich durchaus nicht um einen solchen Einzelfall, sondern um ein sorgfältig und planmäßig durchgeführtes System der Vergiftung der politischen Atmosphäre in unserem Teilgebiet, dessen Hauptträger der „Kurjer Pozn.“ und seine Ableger sind, und wofür jedes Mittel recht ist. Zwar wissen wir, wie in einsichtigen polnischen Kreisen die hetzerische Politik dieses Blattes bewertet wird, und wissen auch, daß seine volltönenden Phrasen, die polnische öffentliche Meinung in unserem Teilgebiet stehe hinter ihm, eben hohle Phrasen und eitle Renommistereien sind, aber trotz seines in Wirklichkeit engen Wirkungskreises richtet sein hetzerisches Treiben dennoch unendlichen Schaden an dadurch, daß es die Haßgefühle, ein übles Erbstück des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit, immer von neuem aufzupeitschen sucht — zum Schaden des internationalen Friedens und zum Schaden vor allem Polens.

Seydoux zieht die Konsequenzen.

Der französische Außenpolitiker Jacques Seydoux, der vor zwei Jahren den Abschied aus den Diensten des Quai d'Orsay nehmen mußte, wo er lange Jahre die Wirtschaftsabteilung geleitet hat, ist neuerdings auch aus dem Deutsch-Französischen Studienausschuß ausgeschieden, an dessen Sitzungen er schon die letzten Male nicht mehr teilnehmen konnte.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man das Ausscheiden von Seydoux aus dem Studienausschuß unter anderem darauf zurückführt, daß er am 24. Februar im „Petit Parisien“ einen Aufsatz über die deutsch-polnischen Beziehungen veröffentlichte. In dieser Arbeit trat er mit größtem Eifer für eine Stärkung Polens ein: Polen brauche einen Zugang zum Meer, da es sonst ersticke; Polen müsse in seinen Grenzen von 1772 wieder hergestellt werden. Der Aufsatz enthielt grobe Fälschungen geschichtlicher und wirtschaftlicher Tatsachen, so daß er auch der polnischen Sache nicht dienen konnte.

Die Märchen, die der ahnungslose Seydoux über Ostpreußen und das Korridorproblem dem französischen Agenten, englischen Staatsangehörigen, russischen Emigranten, jüdischer Abstammung Poliakoff-Augur nachgebetet hat, machen jede hier erscheinende Zeitung, die von solchem Jägerlatein Notiz nimmt, zum Witzblatt.

Republik Polen.

Demission des Gesandten Stetson.

Warschau, 6. März. (PAT) Der Warschauer Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika und bevollmächtigte Minister Stetson hat zu Händen des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten Hoover seine Demission eingereicht. In der amerikanischen Diplomatie besteht nämlich der Brauch, daß die bevollmächtigten Minister ihre Ämter in dem Augenblick niederlegen, da ein neuer Präsident die Amtsgeschäfte übernimmt. Herr Stetson wird in allernächster Zeit die Entscheidung des Präsidenten Hoover erhalten, ob seine Neuernennung erfolgen oder die Demission angenommen werden wird.

Deutsches Reich.

Das Konkordat mit Preußen.

Berlin, 6. März. (PAT) Die Verhandlungen zwischen dem Preußischen Kultusministerium und dem Apostolischen Nuntius über den Abschluß des Konkordats sind beendet. Der Konkordatsentwurf hat die Genehmigung des preußischen Kabinetts erhalten. In den allernächsten Tagen begibt sich Nuntius Pacelli nach Rom. Hier sind Gerüchte im Umlauf, daß er nach zwei Wochen zum Kardinal ernannt werden wird.

Aus anderen Ländern.

Bombenflugzeuge und Wüstensöhne.

London, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Englische Bombenflugzeuge belegten eine etwa 600 Mann starke Gruppe von Wahabiten (Arabern), die damit beschäftigt waren, eine große Herde Vieh wegzutreiben, mit Bomben und Maschinengewehrfeuer. Die Wahabiten erwiderten das Feuer, mußten sich aber unter schweren Verlusten zurückziehen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. März.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet in der Nacht leichten Frost und am Tage Bewölkung und ansteigende Temperaturen an.

Die Bromberger Handwerkskammer aufgelöst.

Durch eine Verfügung des Wojewoden vom 2. März d. J. wurde die bisherige kommissarische Handwerkskammer in Bromberg aufgelöst. Die Neuwahlen wurden für den 12. Mai d. J. festgesetzt.

Auf der am 3. d. M. stattgefundenen Plenarsitzung der Kammer erfolgte die feierliche Verabschiedung der Mitglieder des Vorstandes und die Wahl des Vorstandes für die Übergangszeit. Zum Vorsitzenden wurde wieder Herr Zawitaj, zum stellvertretenden Vorsitzenden Friseurmeister Budzinski gewählt. Ferner gehören dem Vorstand an: Schneidermeister Zieliński, Malermeister Grześkowiak und Tischlermeister Szczepański, sämtlich aus Bromberg.

Liederabend Manfred Lewandowski.

Das Konzert am 5. März im Zivilkasino der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft war leider recht schwach besucht, eine Erscheinung, die seit einiger Zeit chronisch zu werden droht; und dabei konnte man nicht einmal die sonst öfter zur Erklärung herangezogene Geldknappheit so ganz als Ursache anerkennen, da es doch Anfang des Monats ist und daher jene Kreise, bei denen diese Erklärung in Frage kommt, ja immerhin noch etwas bei Börse sind.

Die Erschienenen hatten ihren Eifer nicht zu bereuen, der Vortragende gab reichlich und freudig sein Bestes. Er verfügt über einen gut ausgebildeten, kräftigen Bariton und treffliche Atemtechnik. Die Auswahl der Lieder führte von Beethoven über Brahms und Hugo Wolf zu Richard Strauß. Schubert und Schumann waren offenbar absichtlich weggelassen. Auch so gab der Abend einen guten Überblick über die Entwickelung des Kunstliedes im 19. Jahrhundert, und die Auswahl der einzelnen Lieder brachte in der Tat die für die einzelnen Meister repräsentativen Werke. Beethovens Liedkomposition war durch ein Beispiel der ernst-sentimentalen Art (Adelaide) und zwei humoristische Stücke (Kuß, Flohlied) illustriert — der Vortrag war durchaus vortrefflich, das Neckische in den beiden komischen Liedern vielleicht etwas zu stark betont. Von Brahms wurden zwei seiner allerbedeutendsten Lieder („Feldeinsamkeit" und „Sonntag") gebracht, dazu ein älteres Gedicht — „O liebliche Wangen" von P. Flemming — und das „Vergebliche Ständchen". Mit Hugo Wolf kam dann einer der ganz großen Liederkomponisten zu Worte, ganz groß in dem Sinne, weil er wirklich neue Bahnen gegangen ist und die Mitwelt nach sich zog. Wir hörten drei Mörike-Gedichte („Verborgenheit", „Gesang Weylas", „Fußreise") und Goethes „Rattenfänger". Die beiden ersten sind gemütvoll-sentimental — die „Fußreise" brachte mit dem „Rattenfänger" die fröhlich-neckische Lösung der Spannung. Und schließlich Richard Strauß. Auch von ihm brachte der Vortragende zwei besonders bekannte Lieder „Morgen" und „Heimliche Aufforderung" von Mackay daneben „Traum durch die Dämmerung" und „Cäcilie".

Der namentlich zu Ende sehr lebhafte Beifall bewog Herrn Lewandowski zu Zugaben, unter denen das unverwüstliche Prinz Eugenlied Loewes seine alte Wirkung nicht verfehlte.

Der Abend brachte — wie oben angedeutet — einen lehrreichen Überblick über die Entwickelung des deutschen Liedes im 19. Jahrhundert und — abgesehen davon — reichen musikalischen Genuß. Der Kontakt des Sängers mit dem Publikum war von Anfang an recht lebhaft und steigerte sich zum Schlusse zu sehr reichem Applaus; ein Lied mußte sogar wiederholt werden. Z. R.

---

§ **Das Thermometer** zeigte heute morgen 7 Uhr — 3 Grad Celsius.

§ **Der Namenstag Marschall Piłsudskis** war Gegenstand der Beratungen einer Konferenz, zu der gestern in den Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung der Vizestadtpräsident Dr. Chmielarski, der Starost Dr. Borela, der Divisionsgeneral Thommé u. a. eingeladen hatten. Der Einladung waren zahlreiche Vertreter der Geistlichkeit, der Militär- und Zivilbehörden, sowie der verschiedensten Verbände gefolgt. Vizestadtpräsident Dr. Chmielarski sagte in seiner Begrüßung, daß man zu dieser Konferenz eingeladen habe, um an der Ausgestaltung der Namenstagsfeier des Marschalls Piłsudski am 19. März möglichst alle Kreise der Bevölkerung zu beteiligen. Man beschloß nun, die Feier bereits am Sonntag, dem 17. d. M., vorzunehmen und zwar mit folgendem Programm: Am Sonnabend, dem 16. d. M., findet ein Zapfenstreich statt, am Sonntag eine Feldmesse oder (je nach der Witterung) eine Messe in der Pfarrkirche, daran anschließend ein Umzug, mittags ein Festakt und abends sollen in den Vorstädten Volksveranstaltungen stattfinden. Am 19. abends wird ein feierlicher Raut im Hotel Adler veranstaltet.

§ **Achtung, Lebensmittelhändler!** Das Innenministerium hat ein Rundschreiben erlassen, welches den Handel mit Lebensmitteln betrifft. Danach sind beim Verkauf von Lebensmitteln folgende sanitäre Erforderungen zu beachten: 1. Lebensmittelgeschäfte müssen rein gehalten werden. Die Wände müssen mit heller Ölfarbe gestrichen oder geweißt sein und bis zur Höhe, in welcher Lebensmittelprodukte gelagert werden, mit einem Ölanstrich, Kacheltafeln bzw. einem anderen leicht abwaschbaren Material überzogen werden. Der Fußboden muß dicht gelegt werden und aus einem undurchlässigen Material oder Kacheln bestehen. Die Tischplatten müssen aus einheitlichem Marmor, aus Glas oder aus harzfreiem Holz ohne Risse und Spalten verfertigt sein und ständig rein gehalten werden. In Molkereigeschäften müssen die Lebensmittelprodukte vom Publikum durch einen entsprechenden Verschlag bzw. Bedeckung getrennt sein. 2. Lebensmittelgeschäfte dürfen nicht unmittelbar mit Wohnungen verbunden sein und dürfen auch nicht als Wohnung oder Schlafgelegenheit benutzt werden. 3. In allen Lebensmittelgeschäften müssen täglich gereinigte Spucknäpfe sowie ein Waschtisch mit fließendem Wasser, desgl. Seife und Handtuch bereit stehen. 4. Lebensmittelprodukte, wie z. B. Butter, Käse, angeschnittene Fleischware, Konditorwaren ohne Verpackung, welche ohne vorheriges Waschen oder Kochen zum unmittelbaren Genuß bestimmt sind, müssen unter Glas gehalten werden, und zwar um diese Waren vor Verunreinigung durch Staub und Ungeziefer sowie durch Berühren mit den Händen zu schützen. 5. Das Auslegen von Lebensmittelprodukten in Schaufenstern ist nur in besonderer Verpackung zuläßig sowie unter der Bedingung, daß die Ware vor allen Verunreinigungen genügend geschützt ist. Säcke und Gefäße, welche Mehl, Grütze, Salz, Zucker usw. enthalten, müssen auf Unterlagen in Höhe von 20 bis 30 Zentimeter untergebracht werden. 6. Prinzipiell dürfen in Lebensmittelgeschäften Artikel, welche einen spezifischen Geruch absondern, wie Petroleum, Seife, Leder oder ähnliches nicht verwahrt noch auch verkauft werden. Lediglich in kleinen Ansiedlungen mit geringer Zahl von Geschäften ist der Verkauf dieser Artikel in Lebensmittelgeschäften zuläßig, jedoch unter der Bedingung, daß sie von der Eßware streng gesondert gelagert werden. Der Verkauf von Rauchwaren in Lebensmittelgeschäften ist nur dann zuläßig, wenn Zigarren und Zigaretten verpackt und in besonderen verglasten Schränken gelagert sind. 7. Lebensmittelprodukte dürfen nur in reines, nicht bedrucktes und nicht beschriebenes Papier verpackt sein. 8. Personen, welche beim Verkauf von Lebensmitteln beschäftigt sind, müssen gesund sein, bei der Arbeit weiße Schürzen mit langen Ärmeln tragen und ständig reine Hände besitzen, sowie beim Verkauf auf absolute Reinlichkeit achten.

§ **Der behördlich angeordnete Wildschutz.** Infolge der starken Kälte und Schneeverwehungen ist das Wild oft gezwungen, in der Nähe menschlicher Wohnungen Nahrung zu suchen, und wird hierdurch häufig das Opfer mitleidloser Menschen, die es mit Fallen, Schlingen und anderen unerlaubten Mitteln fangen. Auf Grund einer Verordnung des Staatspräsidenten über das Jagdrecht ist hiermit das Fangen des Wildes mit Hilfe von Fallen, Netzen, Schlingen, Giften, Leimruten, Fangeisen und ähnlichen Mitteln verboten. Die Nichtbefolgung dieser Verordnung zieht eine Geldstrafe und Gefängnis bis zu sechs Wochen nach sich.

§ **Wenn der Hahn kräht auf dem Mist . . .** Der diesjährige Landwirtschaftliche Kalender für Polen bringt, wie auch im vorigen Jahre, eine gute, wissenschaftlich begründete Tabelle über die Wetterverhältnisse des ganzen Jahres. Ganz anders zu bewerten sind dagegen die noch immer auch in aufgeklärten landwirtschaftlichen Kreisen beachteten Wettervoraussagen, die sich auf die Astrologie stützen. Der „Lörcher astrologische Bauernkalender" verheißt seinen Beziehern genaue Voraussagen bezüglich der Witterung und Ernte. Einige Beispiele: Der 1. und 2. Februar ist ziemlich gut zum Säen, der 6. und 7. gut für die Arbeiten im Wald, Acker, Wiese, für Düngen und Arbeiten in der Scheune. Der 11. ist wieder besonders gut zum Säen. Der Kalender verheißt allen denen, die sich in ihrer Arbeit nach ihm richten, eine reiche Ernte. Alle die armen Bauern, die sich in diesen Frosttagen nach den Voraussagen haben richten wollen, werden sehr enttäuscht sein. Trotzdem der Kalender sich wohl auch in anderen Jahren geirrt haben wird, ist seine Bezieherzahl in den letzten 10 Jahren um das 200-fache gestiegen. Die Dummen werden nicht alle!

§ **Auffindung einer Vermißten.** Wir berichteten s. Z. über das Verschwinden der schwer nervenleidenden Frau Maria Kędzierska. Jetzt wird der Polizei mitgeteilt, daß die Frau in Gnesen aufgefunden und in eine dortige Nervenheilanstalt eingeliefert wurde.

§ **Einen Unfall** erlitt gestern vormittag gegen 11 Uhr der Schornsteinfegerlehrling Stanislaus Grzęda. Beim Besteigen des Daches des Hauses Friedrichsplatz 5—6 rutschte er infolge der Glätte aus und fiel durch eine Dachluke in den Bodenraum. Er erlitt erhebliche Verletzungen und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

§ **Einbrecher** drangen in der Nacht vom 5. zum 6. d. M. in das Papier- und Galanteriewarengeschäft der Frau Gertrud Michalska, Johannisstraße 11, ein und stahlen Damenhandtaschen und Portemonnaies im Gesamtwert von 200 Złoty.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Diebstahls und eine wegen Trunkenheit und Lärmens.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Konservatoriums-Chor. Probe zum Osterkonzert Donnerstag, den 7. 3., abends 8 Uhr, im Saale der Anstalt. Stimmbegabte Damen und Herren werden noch aufgenommen. (3278

* * *

g **Crone** (Koronowo), 6. März. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde beabsichtigt im Laufe dieses Jahres ein neues Küsterhaus nebst einem Konfirmandensaal zu erbauen. Der Bau kann aber nur dann ausgeführt werden, wenn die nötigen Barmittel aufgebracht werden. Der Voranschlag ist auf 36 000 Złoty festgesetzt.

* **Schulitz** (Solec Kuj.), 6. März. Großes Schadenfeuer. Vorgestern abend gegen ½9 Uhr brach im Sägewerk der Firma Walczak i Sp. ein Feuer aus, das das ganze Sägewerk vernichtete. Das Feuer, das aus unbekannter Ursache ausbrach, kam an der Westseite aus und wurde durch den Westwind auf die ganze Anlage gedrückt. Die aus Schulitz herbeigeeilte Feuerwehr stand der Macht der Flammen hilflos gegenüber. Der Schaden beläuft sich auf 40 000 Złoty.

* **Inowrocław**, 5. März. In Kawentschin erlitten in der vergangenen Nacht sechs Personen eine Kohlengasvergiftung. Gestorben sind: Józef Rutkowski, die 55jährige Marja Jaskólska und die 70jährige Józefa Piasecka. Frau Rutkowska und ihre beiden Kinder konnten gerettet werden. Die verstorbenen beiden Frauen weilten bei R. zum Besuch.

* **Posen** (Poznań), 6. März. Eine traurige Statistik. Nach einer statistischen Aufstellung der Personen, die im Jahre 1928 in trunkenem Zustande ins Stadtkrankenhaus Posen eingeliefert wurden, betrug ihre Zahl 264, gegen 197 im Vorjahre. Unter den 264 befinden sich 260 Männer und 4 Frauen. Ambulatorische Hilfe wurde in 229 und chirurgische in 29 Fällen erteilt. Außerdem wurden 6 Fälle tödlicher Alkoholvergiftung festgestellt. Das Alter der eingelieferten Personen verteilte sich wie folgt: 14—20 Jahre 20 Personen, 21—30 Jahre 107 Personen, 31—40 Jahre 55 Personen, 41—50 Jahre 28 Personen, 51—60 Jahre 12 Personen und über 60 Jahre 4 Personen. In 38 Fällen konnte das Alter nicht festgestellt werden. Nach diesen Zahlen ist der Alkoholismus am stärksten unter den jüngeren Jahrgängen verbreitet. Hier haben wohl Elternhaus und Schule in vielen Fällen ihre erzieherische Aufgabe verfehlt. Dem Berufe nach handelt es sich um: 70 Arbeiter, 30 Kaufleute, 29 Schlosser, 10 Kellner, 12 Fleischer und Viehhändler, 22 Beamte und Bureauangestellte, 17 Tischler und verwandte Berufe, 7 Maurer, 7 Chauffeure, 7 Schneider und sechs Schuster. Es wurden in trunkenem Zustande eingeliefert: an Montagen 46 Personen, an Dienstagen 30, an Mittwochen 25, an Donnerstagen 23, an Freitagen 41, an Sonnabenden 48, an Sonntagen 51.

* **Schildberg**, 6. März. Kohlenoxydgasvergiftung. Als der Arbeiter Jan Kubiak von seiner Arbeit aus der Gasanstalt zurückkehrte, fand er durch mehrmaliges Klopfen an der Haustür keinen Einlaß. Nachdem er gewaltsam die Tür öffnete, fand er seine Angehörigen infolge der ausgeströmten Gase aus einem eisernen Ofen bewußtlos vor. Der sogleich hinzugerufene Arzt stellte Wiederbelebungsversuche an, welche bei dem 23jährigen Sohn Martin und der 21jährigen Tochter Bronislawa Erfolg hatten, während die 17 Jahre alte Tochter Viktoria nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden konnte.

* **Schwetzkau**, 6. März. Die Feuerungsknappheit im strengen Winter hat hier Folgen gezeitigt, die für Waldbesitzer wenig erfreulich sind. Daß arme Leute dürres Holz im Walde sammeln, wird ihnen wohl gerne gestattet, doch grenzt es an Unverschämtheit, wenn mit Äxten ausgerüstete Männer den Wäldern Besuche abstatten. Kürzlich fanden einige Besitzer zu ihrer nicht geringen Überraschung große Haufen abgeschlagenen Holzes, darunter dicke Stämme, die zur Abfuhr bereit lagen und nun natürlich von den rechtmäßigen Eigentümern in Wagenladungen abgeholt wurden. Eine Kontrolle der Waldbestände wäre im eigenen Interesse jedem Besitzer anzuraten.

* **Wreschen** (Września), 5. März. Am Freitag wurde vom Nähkursus Biechowo ein Bunter Abend im Lokale von Otto Seidel veranstaltet, nachdem die Leiterin des Kursus, Frl. Stackowski, den jungen Damen große Fertigkeit im Weißnähen, Zuschneiden und in der Kleideranfertigung beigebracht hatte. Beim Bunten Abend führten Mia Mikus und Paula Winefeld einen Tanz mit Gesang vor, auch die Damen Zwinge und Aufenanger ernteten für ihre Darbietungen großen Beifall. Eine Schauspieltruppe unter Ferdinand Niehoff, sowie sonstige Darbietungen trugen viel zur Unterhaltung der zahlreich Erschienenen bei. Ein Tanz bildete den Abschluß des schön verlaufenen Abends.

Freie Stadt Danzig.

* **Vom Zuge überfahren.** Der junge Mann, der, wie berichtet, in schwerverletztem Zustande zwischen Ohra und Guteherberge auf den Schienen aufgefunden wurde, ist inzwischen im Städtischen Krankenhause seinen Verletzungen erlegen. Der Verunglückte ist von dem Maler Cossiakowski in Ohra als dessen 20jähriger Sohn Konrad identifiziert worden. Der junge Mann, der Tischlerlehrling war, hatte am Sonntag nachmittag die elterliche Wohnung verlassen, um nach Emaus zu gehen. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Unglücksfal, über den Genaues bisher noch nicht ermittelt ist.

* **Schadenfeuer.** Auf dem Anwesen des Fleischermeisters und Eigentümers Treder in Schönwarling brach Feuer aus, dem das Wohnhaus zum Opfer gefallen ist. Die Löscharbeiten wurden durch Wassermangel sehr erschwert.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 56.

Am 5. März verschied in Bad Dürnberg, wo er Heilung von seinen Leiden suchte, fern seiner alten Heimat, unser lieber Schwiegervater, Vater, Großvater und Bruder, der

Rentier

Hermann Granowski

im 65. Lebensjahre, nach einem arbeitsreichen und gesegneten Leben

Im Namen aller Hinterbliebenen

Familie Höhn
Familie Bukowski

Fordon, den 5. März 1929. 1573

Töchterheim „Elim".
Jg. Mädchen erh. in staatl. konzessionierten Haushaltungskursen theor. u. prakt. Anleitung in allen Fächern der Hauswirtschaft. 90.— zł monatl. Beginn des nächsten Kursus 5. April. Prospekt durch das 3073
Diakonissen-Mutterhaus Więcbork.



Oberschles. Steinkohlen
(bahnstehend Bydgoszcz)
empfiehlt 3294
Tel. 65 **Carl Feyerabend** Pomorska 38

Hebamme
erteilt Rat in all. Fällen u. nimmt Bestellungen entgegen. 1329
Danek, Gdańska 90.

Schneiderin
empfiehlt sich auß. dem Hause, auch perfekt auf Knabenanzüge. 1557
Finger, Jackowskiego 2.

Möbel werden aufpoliert, repariert und neu angefertigt.
Długosza 8. Schmidt. 1569

Kirchl. Nachrichten
Synagoge. Freitag nachm. 5¾ Uhr. Sonnabend vorm. 9½ Uhr (Neumondweihe), abends 6.23 Uhr. — Wochentags vorm. 7½ Uhr, nachm. 5¾ Uhr.

Stellengesuche

Gebildeter
1. Beamter
ledig, 30 J. alt, evgl., Poln. sprechend, 10 J. Praxis, m. lückenlosen, erstkl. Zeugnissen und Empfehlung. in Ostr., Posen, Westpr. selbständig tätig gewesen, sucht zum 1. April auf größerem Gute Stellg. auch als alleiniger. Offerten unt. N. 2966 an die Geschst. d. Ztg.

Gutsinspektor
40 Jahre alt, ein Kind, 9 Jahre Praxis, m. sehr gut. Zeugn. von größer. Gütern,
sucht Stellung
vom 1. 4. od. 1. 7. d. Js. Gefl. Off. unt. H. 1566 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Berufslandwirt
sucht per 1. 7. 29 erste od. alleinige Beamtenstelle. Bin 28 J. alt, ledig, mit all. ins Fach schlag. Arb. d. 8jähr. Prax. vollk. vertraut. In letzt. ungek. Stell. 2 J. selbst. gewirtschaft. Gute Zeugn. und Empfehl. vorhand. Auch Verheiratetenst. k. in Frage. Gefl. Off. unt. Z. 3 53 a. d. Geschst. d. Zeitg.

Suche zum 1. 4. 29 od. früher Stellung als
Inspektor oder Feldbeamter
auf größ. Gut unter Leitung. Gute Zeugn. und Empfehlungen stehen zur Verfügung.
Ph. Neubecker,
Dom. Trzaski, 3262
pow. Inowrocław.

Dom. Wituchowo
sucht für bisherigen
2. Beamten
Stellung unter direkter Leitung des Chefs. Zuschriften sind zu richten an **H. Lange** Wituchowo p. Kwilcz pow. Międzychód Woj. Poznańskie 3315

Junger Landwirt
24 Jahre alt, 6 Jahre Prax., sucht gestützt a. gute Zeugn. u. Refer., vom 1. 4. eventl. 15. 4. 29 **Stellung als alleiniger Beamter** unt. dir. Leit. d. Chefs. Off. u. S. 1534 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Forstverwalter
verh., kleine erwachsene Fam., gesund, rüst., gelernt. Jäger, m. langjähr. Prax. in Staats- u. Privatforst. (2 Exam.), verf. üb. gute Zeugn. u. hohe Refer., d. deutsch. u. poln. Spr. in Wort und Schrift mächt., a. guter Schütze u. Signalhornbläser, **sucht** v. 1. 4. 29 evtl. von sof. od. später entsprechende
Stellung.
Güt. Off. erb. u. V. 1540 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Revierförster
bewandert in deutscher u. polnischer Administration, **sucht** gleich od. später **Stellung.**
Gesuche an 3268
K. Jenta, Świt,
p. Byslaw, pow. Tuchola

Reduz. Beamter
sucht mögl. **dauernde Anstellung oder Beschäftigung,** gleich welcher Art. Derselbe ist unbestraft, in Buchführg., sämtlichen Amts-, Gemeinde-, Administrations-, Steuer-, Landwirtschafts-, Gutsach. usw. vollkommen vertraut, hat Gymnasialbildung und i. fremder Sprach., auch d. poln. in Wort und Schr. vollkomm. mächt. Origin.-Zeugn. u. prima Refer. von hoh. Persönlichkt. können bei meiner persönlich. Vorstell. vorgel. werden. Antr. jederzeit. Offerten unter J. 3283 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Junger
Kaufmann
(Eisenhändler)
der poln. und dtsch. Sprache mächtig, sucht ab 1. 4. **Stellung** in Eisen- oder Wirtschaftsartikelgeschäft. Gute Zeugnisse vorh. Ang. u. T. 3316 a. d. Gesch. d. Z.

Junger Mann
umsi. u. energ., m. allen Büroarb. vertr., **sucht** von sofort od. später
Stellung
am liebst. im Verwalt.-Dienst. Gefl. Off. u. M. 1521 a. d. Geschst. d. Ztg.

Tüchtiger
Schmiedegeselle
der Dreschsatz, Motorpflug führen, Hufbeschl. und alle Arbeiten ausführen kann, **sucht** vom 15. März oder 1. April 1929 **Stellung.** Gefl. Offerten unter O. 3303 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Suche von sof. Stellung
als Chauffeur oder Schloss. Off. u. E. 1561 a. d. Gst. d. Ztg.

Gärtner
25 Jahre alt, in allen Zweig. der Gärtn. gut vertr., **sucht Dauerst. als Gutsgärtner.** Angeb. an **Otto Skuza, Kurki,** pow. Działdowo. 3311

Suche Stellung als unverheirateter
Gutsgärtner.
Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden Angebote unter A. 3255 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Sekretärin Kassiererin
selbst., energische Kraft, 9½ J. tätig, intelligent, deutsch und poln. firm, **sucht Vertrauensstelle** nur Posen eventl. übernehme **Leitung einer Filiale.** Off. unt. T. 3230 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Wirtschafterin
mit guten Kochkenntnissen **sucht** v. 15. 3. oder 1. 4. Stellung auf größ. Gute. Gute Zeugn vorhanden. Off. u. C. 1559 an die Geschst. d. Z. erb.

Suche ab 1. 4., da ich die Wirtsch erlernt habe, unt. Leitung der Hausfrau Stelle als **Wirtin.** Kenntnisse i. Federviehzucht u. Glanzplätterei vorh. Gehalt n. Vereinbarung. Off. u. B. 1556 an die Geschst. d. Z. erb.

Landmädchen mit Koch-, Näh- und Plättkenntn. sucht Stell. als
Stütze od. Köchin
Off. u. B. 3328 a. d. G. d. Z.

Deutsch u. poln. sprech. **Mädchen,** im Kochen u. sämtlich. Hausarbeit. vertr., sucht z. 15. 3. **Dauerstellg.** Off. u. A. 1489 a. d. Gschst. d. Z.

Jg. Mädchen sucht zum 15. März Stelle
als Stubenmädch.
Off. u. B. 1493 a. d. G. d. Z.

Stubenmädchen
sucht Stellung v. 1. oder 15. 4. in Hotel oder auf größ. Gut. Zeugn. vorhand. u. erf. Servieren etw. Nähen u. Plätten. Offert. unter D. 1560 an die Geschäftsst. d. Z. erb.

Evgl., ehrl., saub., jung., anst. **Mädch. sucht Stell.** als Stubenmädch. oder i. Haush. Nähkenntn. vorhand. Off. u. T. 1535 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Evg. Mädch. w. sch. in Stell. war i. v. gl. od. 15. 3. Stellung in Bydg. 3. erf. **Weipkema** 1550 Mateiki 8 II.

Offene Stellen

Gesucht
zum 1. April od. spät. ein älterer, energischer, lediger 3173
Hofbeamter.
Kramer, Jordanowo b. Złotniki-Kujawskie.

Suche von sofort einen energischen, jungen
Landwirtssohn
der beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig ist, zur Unterstützung in mein. 500 Morgen großen Rübenwirtschaft und Dampfziegelei. Schriftliche Bewerbungen m. Lebenslauf sind zu richten an **Alfred Sieg,** Suchostrzygi, powiat Tczew (Pomorze). 3232

Suche zum 1. April für meine ca. 130 Mg. große Landwirtschaft
1 Wirtschaftsgehilfen,
für meine Käserei
einen Lehrling
und **1 jungen Mann** der das Schweinefüttern übernimmt. 3238
Hunziker, Zajączkowo, poczta Grudziądz.

Verheirateter
Brenner
wird für größere Brennerei zum 1. Juli cr. **gesucht.** Bewerber m. prima Zeugnissen und Empfehlungen, d. polnisch. Sprache in Schrift mächtig u. mit Elektrizität bewandert. Gehalt zirka 3000 Złoty jährlich und Deputat. Gefl. Meld. erbitte unt. B. 3309 a. d. Geschst. d. Z.

Jüngeren
Landwirtssohn
evgl., der poln. Sprache mächtig, suche zum 1. 4. cr. zu mein. Unterstützung Fam.-Anschl. zugesichert. 3329
Gustav Gatz, Mokre, poczta Czersk, powiat Chojnice.

Eleve
welcher seine Lehrzeit beendet hat, zur Hofverwaltung und Buchführung gesucht. Lebenslauf einsenden. Persönliche Vorstellung nur auf Wunsch. 3304
Dom. Smętówko, poczta Smętowo.

Eleven
evgl., suche für meine Niederungs-Wirtschaft ohne gegenseit. Vergüt. zum 1. April 29. 3265
Dr. Goertz,
Rozgarty p. Rudnik, Kr. Grudziądz.

Tüchtigen
Buchdrucker
sucht 3310
Briesener Zeitung, G. m. b. H.
Wąbrzeźno, Pom.

Maurerpolier sowie Maurer und Akkordputzer
stellt ein 3199
Baugesch. Conrad, Gniewkowo,
pow. Inowrocław.

Suche für meine **Konditorei u. Café** einen solid., nüchtern., ehrlichen, gewandten
Kellner
zur Bedienung d. Gäste. Gefl. Offert. eventl. mit Bild und Altersangabe erbeten unter R. 3312 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche für meine Motormühle zuverlässig., militärfreien 3241
Müllergesellen
zum sofortigen Antritt. Gehaltsansprüche bei freier Station.
Paul Tscnuschke, Kobylin,
pow. Krotoszyn.

Tücht., jungen, evang.
Gärtnergehilfen
sucht **Ewald Schauer,** Bydgoszcz - Czyżkówko, Wyrzyska 3. 1555

Gärtnergehilfen
für Handelsgärtnerei sucht 3288
E. Graf, Nakło.

Suche zum 1. April 29 evgl., tüchtig., unverh.
Schweizer
R. Natz, Bukowic
Jabłonowo, Pomorze. 3305

Suche zum 1. April 1929 einen 3108
Instmann m. 3 Scharwerkern.
Wolf, Pemperzyn, poczta Więcbork.

Kaufm. Lehrling
der gewillt ist, im Eisigfach zu praktizieren, von größerer Fabrik mit automatischer Einrichtung gesucht. Grdl. Fachausbildung zugesichert. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf an **„Fermenta" Wł. Antoni Pilinski, Nowy Rynek 9.**

Bäckerlehrling kann sich melden. Wo? sagt die Geschäftsst. d. Z. 1554

Gänzlicher Ausverkauf

sämtlicher Herrenstoffe 3317

teilweise **unter** dem **Selbstkostenpreis**

Selten günstige Einkaufsgelegenheit

Fr. Sikorski napr., **Dworcowa Nr. 31.**





Zu günstigen Bedingungen durch Maschinenhandlungen zu beziehen, oder, wo nicht erhältlich vom Werkvertreter und Lagerhalter in Polen: Inż. H. Jan Markowski Poznań
Tel.: 52-43 ul. Sew. Mielżyńskiego 23

Größere Landmaschinenfabrik Pommerellens
sucht zum baldigen Eintritt
tüchtigen, jüngeren
Reisenden
zum Besuch der Land- u. Händlerkundschaft. Polnische Sprache erwünscht. — Bewerbungen mit Angabe von Alter, bisheriger Tätigkeit, Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbeten unter U. 3326 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Für mein eingeführtes landwirtschaft.
Maschinen-, Ersatzteil- und Eisenwarengeschäft
suche ich zum Antritt per 1. April 1929 einen fleißigen, umsichtigen, strebsamen
jungen Mann
für Büro und Reise
Selbiger muß die deutsche und polnische Sprache beherrschen und im Verkehr mit der Kundschaft gewandt sein. Es kommen nur Herren, welche bereits mit Erfolg in der Maschinenbranche tätig waren, in Frage. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsanspr. bitte zu richten an:
Paul G. Schiller, Poznań
Maschinen und Eisenwaren für Industrie und Landwirtschaft
ul. Skośna 17 Telefon 2114
direkt hinter dem „Evgl. Vereinshaus".

Für unsere Treibriemen- und Mineralöl-Handlung suchen wir zum 1. Juli oder früher
1 Lehrling
welcher zum Verkäufer bezw. Reisenden ausgebildet werden soll.
Lebenslauf und Abschrift des letzten Schulzeugnisses an 3170
Ferd. Ziegler & Co., Dworcowa 95.

Größ. Unternehmen sucht v. sofort
eine deutsch-poln. und eine deutsche Korrespondentin.
Verlangt werden neben flotter Stenogrammaufnahmen und sicherem Maschinenschreiben, schnelle Uebersetzung der beiden Sprachen. Geboten wird gute Bezahlung und ständige Arbeit. Gleichfalls können sich auch 2—3 **Lehrmädchen** mit guten Auffassungsgaben und beider Sprachenbeherrschung in Wort und Schrift melden. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche in beiden Sprachen unter L. 3192 an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

Stenotypistin
jüngere Kraft mit praktischer Erfahrung, der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sofort gesucht. Angebote mit Angabe der Gehaltsforderung u. S. 3218 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Mädchen
das selbständig wirtschaften, kochen u. plätten kann, zum 1. 4. gesucht. 3249
Frau Elli Mühlstein,
ul. Gdańska 150.

Für mein Eisenwaren-, Haus- u. Küchengeräte-Geschäft suche 2972
1 Lehrling
bei freier Station. Deutsche und polnische Sprache erwünscht.
Julius Stephan, Wyrzysk.

Goldschmiede-Lehrling
von sofort verlangt
Paul Kinder,
Goldschmiede-Meister, Dworcowa 18a. 3318

Stelle eines 3225
Wirtschaftsfräuleins
vom 1. 4. hier noch frei. Bitte Bewerb. an Dekonomierat **Zierold, Konarzyny,** p. Konarzyny, pow. Chojnice.

Gewandtes
Hausmädchen
mit sämtlichen häuslichen Arbeiten vertraut, per sof. gesucht. Meldung mit Zeugniss. **Welniann Rynek 7** im Laden. 3274

Zu möglichst baldigem Antritt suche ich eine
Lyzeallehrerin
evtl. Abiturientin zu zwei Kindern Quarta. Gehaltsansprüche bitte einzusenden an 3254
Frau Ilse Lampe, Tuszkowo pow. Wyrzysk.

Suche zum 1. 4. 1929 evangel., zuverlässige
Wirtin
die in allen Zweigen eines groß. Landhaushaltes erfahren ist, perfekt in feiner Küche. Off. mit Bild, Zeugnissen u. Gehaltsansprüch. unter C. 3263 an die Geschäftsstelle dieser Zeitg. erb.

Suche für sofort eine
Köchin od. Stütze
f. mein Landgasthaus, die kochen, backen, einwecken u. Geflügelzucht versteht. Auch k. sich ein
zweites Mädchen
f. Garten u. Außenwirtschaft meld. Off. unt. S. 3314 a. d. Geschst. d. Ztg.

Suche zum 1. April
einfache Stütze
welche kochen kann u. das Wirtschaftshaus sauber hält. Stubenmädchen vorhanden. Näheres bei 3291
Frau Gutsbesitzer Kahnmann, Lo owo b. Starogard, Pomorze.

Gesucht zum 1. 4. eine einfache, erfahrene
Stütze
für ländlichen Haushalt, für Küche und Hausarbeit. Gehaltsansprüche u. Zeugnisabschrift. erb. 3325
G. Jonas, Mühlenbesitzer, **Kobylin, p. Krotoszyn.**

Suche zum 1. 4. 29 anständig., ehrlich., fleiß., in Schneid. u. Glanzplätten erfahren. 3103
erstes Stubenmädchen.
Zeugnisabschriften mit genauer Adressenang. und Gehaltsforderung einsenden an
Frau Rittergutsbesitzer **H. Hering, Mirowo,** p. Godziszewo, powiat Tczew (Dirschau).

Suche zum 1. 4. evang., tüchtiges 3210
Stubenmädchen
und evang.
Nähmädchen
das auch Zimmerarbeit übernimmt. Dauerstell. Mld. m. Zeugnisabschr. u. Gehaltsansprüchen an Frau Landschaftsrat **G. Weisiermel, Kruszyn poczta,** pow. Brodnica, Pom.

Suche zum 1. 4. junges, gebildetes, evgl.
Mädchen
aus besserem Hause, das Vorkenntnisse i. **Nähen, Kochen, Backen** und Aufzucht d. Federviehs besitzt. Landwirtstocht. bevorzugt. Familienanschluß gewährt. Lebenslauf und Gehaltsansprüche bitte einzusenden an 3260
Frau **Edith Schwarz, Malenin,** p. Miłobądz, pow. Tczew, Telefon Rukocin 12.

Aufw. 2 Std. tgl. verl. **Hasse, Jagiellońska 7.** 1571

An- u. Verkäufe

Wir kaufen jede Menge
durch Frost beschädigte
Kartoffeln
Eilofferten erb.
Gesellschaftsbrennerei Barcin
pow. Szubin. 1565

Verkaufe krankheitsh. sof. m. Stadtgrundstück mit 1 Morg., f. jede Br. geeignet. Off. u. F. 1562 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Mein neugeb.
Geschäftsgrundstück
mit groß. Laden, Lagerräumen, Wohnung, worin ich seit 32 Jahren Eisen-, Glas-, Porzell.-Geschäft führe, gute Existenz, bin ich will., zu verkaufen eventl. zu verpachten. 3321
Th. Hober, Ruchthal.

Herdbuchbullen
aus milchreicher Niederungsherde, auf Weide aufgezogen, tadellos in Form u. Farbe, gibt ab
Dr. Goertz,
Rozgarty p. Rudnik, Kr. Grudziądz. 3264

Welpen
von jagdl. erstklassigen Eltern stammend, Rüde 40, Hündin 35 zł und eine 3308
Drahthaarhündin
im 2. Felde, jagdl. la, preiswert wegen Nachzucht zu verkaufen.
Felka, Revierförster, **Stare p. Zelgniewo,** pow. Wyrzysk.

Zur Zucht gebe noch einige echte
Plymouthrocks-Hähne
starke, sehr schöne Tiere, p. Nachnahme ab. 3327
Frau **M. Weidemann, Miecierzyn,** p. Gościeszyn, powiat Żnin.

Zuchteber
jüngere u. deckfähige,
Zuchtsauen
jüngere und Erstlg. der **Cornwall-Rasse,** aus geld. Stall gibt preiswert ab 2717
Dom. Dobrzyniewo, p. Wyrzysk, Station Osiek.

Läuferschweine
60—80 Pfd. schwer, kauft in größeren Post. 3295
Dwór Szwajcarski, Bydgd. Jackowskiego 25/27. Telefon 254.

Gut erhaltenes 2828
Piano
verk. billig m. Garant.
B. Sommerfeld, Piano-Fabrik, ul. Sniadeckich 56.

Gute Geige (Maggini) sehr preiswert zu verkauf. **Dworcowa 52.** 1564

Bücherschrank
gut erhalten, zu kaufen gesucht. Off. u. Z. 1552 an die Geschäftsst. d. Z.

Bettstellen, eisernes Bettgestell, Spind
verkauft billig 1570
Długosza 8, Hof.

Kutschwagen billig zu verkauf. **Hetmańska 35** Lutienstr.). 1568

Umzugshalber billig zu verk.: **Doppelflinte,** Kal. 16, hahnlos, **Herrenfahrrad,** fastneu, 2 hohe **Stehlampen, Wurststopfmaschine, Bilder u. versch. Gegenstände.** 3290
Girod, Dom. Żurczyn, poczta Rynarzewo.

Komplette Schmiede-Einrichtung
sofort zu **verkaufen.** Anfr. b. Schmiedemstr. **Nowakowski, Witunia** p. Sępólno. 1539

Gebrauchte
Leitspindel-Drehbank
1,25—2 Mtr. Drehlänge, gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht. Off. u. K. 3289 a. d. Geschst. d. Ztg.

Wir suchen zu kaufen **größeren Posten**
Serradella
gesunde, hochkeimfäh. Ware, und erbitt. um bemust. Preisangebot.
Spar- und Darlehnskassenverein Pruszcz (Pomorze). 2675

Rohr
zu verkaufen, das Schock 1 Ztr. Roggen. 3174
Kramer, Jordanowo bei Złotniki-Kujawskie.